

Klaus J. Becker

„Wandler zwischen den Welten“

Parteiwechsel innerhalb der pfälzischen Arbeiterbewegung zwischen 1917 und 1956

Vorbemerkung: Die nachfolgende Darstellung erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Sie soll lediglich die historischen Hintergründe und möglichen Motive für prominente Parteiwechsel innerhalb der pfälzischen Arbeiterbewegung zwischen 1917 und 1956 aufzeigen. Dabei sind die vorgestellten „Wandler zwischen den Welten“ von jenem hier nicht berücksichtigten aber wesentlich größeren Personenkreis zu unterscheiden, der seine jeweilige bisherige Parteiorganisation verlassen hat, ohne sich einer neuen Vereinigung anzuschließen bzw. der durch eine reine Fusion zwangsläufig Mitglied einer neuen Partei wurde. 47 Hauptakteure unter den pfälzischen Parteiwechslern werden durch Fett- und Kursivsetzung deutlich hervorgehoben – ihre Kurzbiografien im Anhang sind das Ergebnis einer systematischen Auswertung der durchgesehenen Quellen und Literatur. Auf Einzelnachweise wird im biografischen Anhang aber bewusst verzichtet, da diese mindestens noch einmal den gleichen Umfang wie der bereits vorliegende Fußnotentext beanspruchen würden.

Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis zum Ende der NS-Diktatur

Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist zugleich die Geschichte ihrer Spaltung. So wurden bereits 1847 gemeinsam mit dessen Begründer Wilhelm Weitling die Anhänger einer religiös und naturrechtlich begründeten sozialen Utopie aus dem Bund der Kommunisten ausgeschlossen, der fortan von Karl Marx und Friedrich Engels dominiert wurde.¹ 1872 trennten sich auf dem Den Haager Kongress der I. Internationale – der erste internationale Zusammenschluss sozialistischer Gruppen und Personen aus 13 europäischen Ländern und den USA – die Anhänger des Anarchisten Bakunin ebenfalls von den Parteigängern von Karl Marx.² Die marxsche Richtung blieb auch in der deutschen Arbeiterbewegung unter der Führung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht zunächst bestimmend; ihre Richtigkeit wurde aber ab 1899 durch die Anhänger von Eduard Bernstein zunehmend angezweifelt, was zu einer „Revisionismus-Debatte“ innerhalb der SPD führte.³ Neben diesem revisionistischen Flügel und dem marxistischen Zentrum entwickelte sich infolge der innerparteilichen Auseinandersetzungen⁴ um die Lehren aus der russischen Revolution von 1905 zwischen 1908 und 1910 zusätzlich noch eine linke Parteirichtung um Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin in der Vorkriegssozialdemokratie.⁵ Das einstimmige Votum der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für die Kriegskredite am 4. August 1914 stellte im Rahmen dieser innerparteilichen Debatte zwar keine Richtungsentscheidung dar, leitete aber trotzdem die organisatorische Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung ein. Noch am gleichen Tag trafen sich in der Wohnung Rosa Luxemburgs in Berlin führende Vertreter der Parteilinken, um über ihr weiteres Verhalten zu beraten. Aus dieser Sitzung heraus formierte sich schrittweise, vor allem nach der erstmaligen Ablehnung

¹ Vgl. Lehnert, Detlef: Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei, Frankfurt am Main 1983, S. 26 ff.

² Vgl. Bach, I.A. u. a.: Die Erste Internationale 1864-1876, Moskau 1981.

³ Vgl. Bernstein, Eduard: Zur Theorie und Geschichte des Sozialismus, Berlin 1919.

⁴ Zeitgenössisch fasst diese zusammen: Kautsky, Karl: Der politische Massenstreik – Ein Beitrag zur Geschichte der Massenstreikdiskussion innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1914.

⁵ Vgl. Weber, Hermann: Kommunismus in Deutschland 1918-1945, Darmstadt 1983, S. 31.

der Kriegskredite durch Karl Liebknecht am 2. Dezember 1914, die linke Opposition gegen den Krieg, der sich jedoch nicht alle Angehörigen der bisherigen Parteilinken anschlossen.⁶ Die Ablehnung der Kriegskredite durch Karl Liebknecht wurde von der pfälzischen Sozialdemokratie verurteilt – schließlich hatte sich die pfälzische Bezirksorganisation unter der Führung von Franz Josef Ehrhart längst zu einer festen Stütze des Reformismus innerhalb der Partei entwickelt.⁷ Als jedoch am 19. Juni 1915 mit Hugo Haase, Karl Kautsky und Eduard Bernstein auch führende Vertreter des Revisionismus und des marxistischen Zentrums mit einer Protesterklärung gegen die Burgfriedenspolitik der Parteiführung („Das Gebot der Stunde“) an die Öffentlichkeit traten, regte sich auch in der Pfalz der erste innerparteiliche Widerstand.⁸ Daraufhin sah sich im Februar 1916 der pfälzische Parteivorsitzende der SPD, Bruno Körner, zu persönlichen Besuchen in einigen Ortsvereinen – verbunden mit einem Vortrag über die „jüngsten Vorgänge im Reichstag“ – veranlasst. In einer Resolution forderte der pfälzische Parteivorstand die jeweilige Versammlung auf, sich mit der Haltung der Fraktionsmehrheit im Reichstag einverstanden zu erklären.⁹

Zum Bruch innerhalb der SPD führte der Ausschluss der 18 Abgeordneten aus der Reichstagsfraktion, die am 24. März 1916 gegen weitere Kriegskredite gestimmt hatten. Die Ausgeschlossenen formierten sich daraufhin in der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.¹⁰ Am 7. Januar 1917 wurden die Vertrauensleute aller oppositionellen Richtungen in der SPD zu einer Reichskonferenz nach Berlin eingeladen. Der Einladung folgten 157 Delegierte, aber z.B. keine Oppositionellen aus der Pfalz. Obwohl die Konferenz ein Verbleiben in der SPD beschloss, nahm deren Parteivorstand die Konferenz zum Anlass, die Unvereinbarkeit der Zugehörigkeit zur Opposition und zur SPD zu erklären.¹¹ Daraufhin war die Bildung einer neuen Partei unvermeidlich. Diese wurde vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha als Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD) gegründet.¹²

Dagegen bezeichnete sich die in der SPD verbliebene Parteimajorität nun als Mehrheitssozialdemokratie und nahm für ihren neuen Namen das Kürzel MSPD an. Auch an der Bildung der USPD in Gotha waren Vertreter der pfälzischen Opposition nicht beteiligt. Kurz darauf wurde jedoch eine erste Ortsgruppe der USPD in Ludwigshafen gegründet.¹³ Der erste prominente Parteiwechsler von der MSPD zur USPD war der Gründungsvater des Ludwigshafener ADAV: **Josef Queva** – von der „Pfälzischen Post“ nun als „Alter Herr“ verunglimpft.¹⁴ Auch der erste Parteivorsitzende der Ludwigshafener USPD, August Möllinger, war zuvor Mitglied der SPD gewesen, aber wie auch alle weiteren Gründungsmitglieder der USPD hatte er zuvor keine Rolle innerhalb der Ludwigshafener SPD gespielt.¹⁵

Erst im Dezember 1917 erfolgte dann die Gründung eines zweiten pfälzischen Ortsvereins in Pirmasens. Hier war die erste Führungspersonlichkeit das ehemalige SPD-Mitglied **Adolf Ludwig**. Diesem folgte eine Ortsgruppe in Haßloch unter der Leitung des bisherigen Sozialdemokraten **Philipp Hügly**. Mit **Philipp Hügly** traten gleich vier von fünf

⁶ Vgl. Weber, Hermann: Einleitung, in: Die Gründung der KPD, Berlin 1993, S. 11 f.

⁷ Vgl. Hermann, Alfred: Die Geschichte der pfälzischen USPD, Neustadt an der Weinstraße 1989, S. 59.

⁸ Vgl. ebenda, S. 61 f.

⁹ Vgl. ebenda, S. 62 ff. und Stadtarchiv Ludwigshafen (im weiteren: StALu), M 153 (Gesprächsprotokoll Albert Graner).

¹⁰ Zeitgenössisch dokumentiert in: Material zur Fraktionsspaltung. Herausgegeben vom Parteivorstand der SPD, Berlin 1916.

¹¹ Zeitgenössisch dokumentiert in: Material zur Parteispaltung. Herausgegeben vom Parteivorstand der SPD, Berlin 1917.

¹² Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Gründungs-Parteitages der U.S.P.D., Berlin 1917.

¹³ Vgl. Hermann (Anm. 7), S. 81 ff. und StALu, Manuskript 153 (Gesprächsprotokoll Albert Graner)

¹⁴ Vgl. Pfälzische Post Nr. 146 v. 25.6.1917 („Die Befreiungsfeier in Ludwigshafen“).

¹⁵ Vgl. Hermann (Anm. 7), S. 82 ff.

Gemeinderatsmitgliedern der SPD zur USPD über. Im Januar 1918 kamen noch drei weitere Ortsgruppen der USPD in Frankenthal, Oppau und Speyer hinzu.¹⁶

Damit war die erste große organisatorische Spaltung der pfälzischen Arbeiterbewegung entlang der Nahtlinie der Zustimmung zu den Kriegskrediten abgeschlossen. Die nachfolgende viel größere und in der Rückschau auch viel dramatischere Spaltung ergab sich ab November 1918 aus der Debatte über die Nachkriegsordnung („Sozialistische Demokratie“ versus „Diktatur des Proletariats“), die allerdings wieder nach dem Vorkriegschema „links-rechts“ geführt wurde. Wesentliche Teile der Vorkriegslinken innerhalb der deutschen Sozialdemokratie votierten dabei für eine „Diktatur des Proletariats“ nach russischem Vorbild und schieden deshalb aus der USPD aus, der man sich unter dem Namen „Spartakus“ ab 1917 als „geschlossene Propagandavereinigung“ angeschlossen hatte. Als ihre neue Parteiorganisation wurde am 1. Januar 1919 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) etabliert.¹⁷ Als Gründer traten neben „alten“ Sozialdemokraten – darunter der gebürtige Pfälzer **Carl Minster** – auch viele Neupolitisierte auf, die ein anarchistisch-utopistisches Weltbild in die Organisation einbrachten. In der Pfalz wurde die neue Partei von der französischen Besatzungsmacht zunächst nicht zugelassen und musste sich deshalb erst einmal illegal organisieren.¹⁸ Hier waren aber die „alten“ Sozialdemokraten vorherrschend – an vorderster Stelle **Hans Weber** in Speyer und **Max Frenzel** in Ludwigshafen. Ihren stärksten Rückhalt hatte die neue Partei aber auch in der Pfalz unter den Kriegsgegnern innerhalb der Arbeiterjugendbewegung, die sich noch 1918 als „Freie sozialistische Jugend“ konstituiert hatten und 1919 nahezu geschlossen der KPD als ihrer Parteiorganisation anschlossen.¹⁹ Als prominenteste Mitglieder, die später zur SPD wechselten, sind hier **Ernst Lorenz** und insbesondere **Herbert Müller** zu nennen.

Kaum konstituiert, spaltete sich die dritte deutsche Arbeiterpartei bereits im April 1920 wieder in die von den „alten“ Sozialdemokraten geprägte KPD (Spartakusbund) und in die anarchistisch-utopistische Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD),²⁰ die jedoch unter den Pfälzern kaum Zulauf hatte und im Verlaufe der Weimarer Republik in zahllose Einzelfraktionen zerfiel, von denen lediglich durch die Roten Kämpfer (RK)²¹ in Frankenthal ein Organisationsaufbau erfolgte.

Damit die in der Pfalz vorherrschende KPD (Spartakusbund) allerdings einen tatsächlichen Parteicharakter erhielt, bedurfte es erst der Spaltung der USPD. Die ehemalige Sammlungsbewegung der sozialdemokratischen Kriegsgegner spaltete sich im Oktober 1920, als die Parteimehrheit den Beitritt zur Kommunistischen Internationale beschloss und sich anschließend mit der KPD (Spartakusbund) zur VKPD vereinigte.²² In der Pfalz traten daraufhin z.B. am 17. Dezember 1920 in Ludwigshafen²³ von zwölf USPD-

¹⁶ Vgl. Hermann (Anm. 7), S. 81 ff.

¹⁷ Vgl. Weber (Anm. 6).

¹⁸ Vgl. Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz, Mainz 2001, S. 20 ff. und StALu, Manuskript 153 (Gesprächsprotokoll Hans Weber).

¹⁹ Vgl. StALu, M 153 (Gesprächsprotokolle Hans Weber und Albert Graner) sowie Neues Leben / Ausgabe Pfalz, Jg. 2, Nr. 114 v. 31.12.1948 („Die Gründung der Partei“).

²⁰ Zur KAPD vgl. Hans Manfred Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918-1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Meisenheim am Glan 1969.

²¹ Zu den RK vgl. Olaf Ihlau: Die Roten Kämpfer, Meisenheim am Glan 1969. Zur Frankenthaler Ortsgruppe vgl. Nestler, Gerhard: Ludwig Kohl und die „Roten Kämpfer“, in: Frankenthal einst und jetzt. Nr. 2/86, S. 45 ff. und vom gleichen Autor: Die „Roten Kämpfer“, in: Frankenthal unterm Hakenkreuz. Hrsg. von Gerhard Nestler, Frankenthal 2004, S. 376 ff.

²² Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Halle vom 12. bis 17. Oktober 1920, Berlin 1920 sowie Wheeler, Robert F.: USPD und Internationale, Frankfurt a. M. / Berlin (West) / Wien 1975, S. 213 ff.

²³ Vgl. StALu, Protokoll des Stadtrates Ludwigshafen vom 17. Dezember 1920.

Stadtratsmitgliedern drei (**Richard Boiselle**, **Peter Müller** und **Eugen Zumpf**) zur VKPD über – in Pirmasens sogar fünf der bisher neunköpfigen USPD-Fraktion, in Frankenthal drei von vier USPD-Abgeordneten und Neustadt sogar die ganze Fraktion.²⁴ Dass ganze Ortsgruppen der USPD, wie z.B. in Rheingönheim²⁵, zur VKPD übertraten war aber die Ausnahme. Trotzdem stieg die Mitgliederzahl der Kommunistischen Partei in der Pfalz von 628 im September 1920 auf rund 4.000 im Januar 1921 an. Damit hatte sich eine dritte Arbeiterpartei in der Pfalz etabliert.²⁶

Ein Zustand, der aber nur bis zum 24. September 1922 andauerte, als sich USPD und MSPD auf dem Nürnberger Parteitag offiziell zur VSPD vereinigten.²⁷ Daraufhin bildeten z.B. auch in Ludwigshafen die neun verbliebenen USPD-Stadträte ab dem 7. November 1922 mit den zwölf Mehrheitssozialdemokraten im Ludwigshafener Stadtrat die neue Fraktion der VSPD.²⁸ Nahezu alle führenden pfälzischen USPD-Funktionäre – darunter auch **Adolf Ludwig** und **Philipp Hügly** – gingen zur VSPD. Nur ganz wenige pfälzische Mitglieder verblieben bei der von Theodor Liebknecht fortgeführten Rest-USPD. Eine kleine Ortsgruppe bestand bis 1931 unter der Führung von **Wilhelm Crammé** in Ludwigshafen, eine weitere wurde 1923 in Pirmasens sogar neu gegründet.²⁹

Hatte es zwischen 1921 und 1922 immer wieder auch Kooperationen zwischen allen drei Arbeiterparteien gegeben³⁰, so vollzog sich nach der faktischen Selbstaflösung der USPD wieder der alte Richtungsstreit in der Arbeiterbewegung – nun zwischen SPD und KPD: „Sozialistische Demokratie“ versus „Diktatur des Proletariats“. Auftakt hierzu bildete die Spaltung des Fabrikarbeiterverbandes in Ludwigshafen im Januar 1923. Nachdem der Hauptverband die kommunistisch dominierte Geschäftsführung in Ludwigshafen aus der Organisation ausgeschlossen hatte, gründete diese einen eigenen prokommunistischen „Industrieverband der chemischen Industrie“. Wer nun als KPD-Funktionär nicht in den Industrieverband übertrat sondern im FAV verblieb, den schloss wiederum die KPD aus.³¹ Die Betroffenen traten anschließend nahezu geschlossen in die SPD über – darunter auch **Ernst Lorenz** als prominentestes Beispiel.

Der nächste größere Übertritt von KPD-Funktionären zur SPD erfolgte im Sommer 1925. Nach dem schlechten Abschneiden ihres Kandidaten Ernst Thälmann bei der vorangegangenen Wahl des Reichspräsidenten vollzog sich in der KPD eine Debatte über das Verhältnis zur SPD, wobei sich die ultralinke pfälzische Bezirksleitung gegen jede Zusammenarbeit aussprach.³² Diese Grundposition wurde von der Bezirksleitung auch auf die 1920 von der USPD zur KPD gestoßenen Mitglieder übertragen, woraufhin z.B. in Ludwigshafen mit **Valentin Hoecker**, **Karl Rihm** und **Peter Müller** gleich drei Stadträte von der KPD zur SPD übertraten,³³ darunter mit **Peter Müller** der ehemals führende Repräsentant der pfälzischen USPD-Linken. Bemerkenswerterweise wurde aber keiner der Ludwigshafener

²⁴ Vgl. Hermann (Anm. 7), S. 249 ff.

²⁵ Vgl. StALu, Protokoll des Gemeinderates Rheingönheim vom 30. Dezember 1920.

²⁶ Vgl. Hermann (Anm. 7), S. 239 ff.

²⁷ Vgl. Protokoll des Nürnberger Parteitages der VSPD, Berlin 1922.

²⁸ Vgl. StALu, Stadtratsprotokoll vom 7. November 1922. Von den neun ehemaligen USPD-Stadtratsmitgliedern wurden fünf 1925 von der SPD erneut für den Stadtrat nominiert und drei (August Baum, Adolf Eberhard und **Hermann Oberfrank**) auch wiedergewählt.

²⁹ Vgl. Hermann (Anm. 7), S. 316.

³⁰ Vgl. Becker (Anm. 18), S. 25 ff.

³¹ Vgl. Schiffmann, Dieter: Von der Revolution zum Neunstundentag. Arbeit und Konflikt bei BASF 1918-1924, Frankfurt a. M. / New York 1983, S. 304 ff.

³² Vgl. Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Band 1, Frankfurt a. M. 1969, S. 108 ff.

³³ Vgl. StALu, Stadtratsprotokoll vom 10. August 1925.

Fraktionswechsler 1929 von der SPD erneut für den Stadtrat vorgeschlagen – im Gegensatz zu **Georg Baumgärtner** in Oppau,³⁴ der nach seinem Übertritt von der KPD zur SPD im Mai 1929 später sogar zum SPD-Ortsvereinsvorsitzenden aufstieg oder zu **Johann Gröning** in Neustadt, der im Juli 1929 von der KPD-Fraktion zur SPD-Fraktion gewechselt war und nach 1945 die Initiative zur Wiedergründung der SPD in Neustadt ergriff.³⁵

Nach dem „Sieg“ über den rechten Parteiflügel in Ludwigshafen 1925 ging die ultralinke pfälzische Bezirksleitung ab 1926 auch gegen die Parteilinke vor und provozierte in Speyer mehrere Parteiausschlüsse,³⁶ darunter auch der Landtagsabgeordnete **Joseph Weber**.

Erst im Januar 1928 gelang es dem Berliner ZK diese ultralinken Eskapaden zu beenden, indem sie nahezu die ganze pfälzische Bezirksleitung, darunter auch die Gründungsmitglieder **Hans Weber** und **Max Frenzel** ausschloss.³⁷

Waren die bisher aus der KPD Ausgeschlossen in der Regel zur SPD übergetreten, schufen die Ultralinken sich nun aber eigene Organisationsformen und leiteten damit eine neue Runde der Aufspaltung der pfälzischen Arbeiterbewegung ein. So kandidierte neben SPD und KPD zum pfälzischen Kreistag am 20. Mai 1928 auch eine Liste der „Alten Kommunistischen Partei Deutschlands“ – ein von **Max Frenzel** angeführtes Wahlbündnis von 1926 aus der KPD ausgeschlossenen und nicht zur SPD übergetretenen Parteilinken mit den nun ebenfalls ausgeschlossenen Ultralinken – allerdings mit bescheidenem Ergebnis: Die AKP erhielt 2.939 (0,7 %) Stimmen, die KPD 27.856 (7,0 %) und die SPD 116.683 (29,2 %).

Anlässlich der Kommunalwahl am 8. Dezember 1929 kandidierten die linken und ultralinken Abspaltungen der KPD schon wieder getrennt, so dass die Wähler der Arbeiterparteien in Ludwigshafen zwischen SPD, KPD und der ultralinken „Linke Opposition der KPD“³⁸ wählen konnten und in Speyer zwischen SPD, KPD und dem linken Leninbund.³⁹ In beiden Städten erhielten die KPD-Abspaltungen jeweils ein Mandat, während die KPD in Ludwigshafen drei und in Speyer ebenfalls nur ein Mandat erzielte. Die SPD erreichte in Ludwigshafen dagegen 14 und in Speyer neun Mandate.

Da die KPD im Zuge der Destabilisierung der Weimarer Republik anschließend aber selbst eine Linkswendung vollzog, verloren ihre Linksabspaltungen zunehmend an Bedeutung, zum

³⁴ Vgl. 1200 Jahre Oppau. Die Geschichte der Ludwigshafener Stadtteile Oppau-Edigheim-Pfingstweide. Hrsg. vom Verein zur Förderung des Karl-Otto-Braun Museums e.V. in Kooperation mit dem StALu, Ludwigshafen 2008, S. 186.

³⁵ Vgl. Wunder, Gerhard: Die Sozialdemokratie in Neustadt an der Weinstraße seit 1832, Neustadt an der Weinstraße 1985, S. 83.

³⁶ Vgl. Becker, Klaus J.: Zwischen ultralinken Parteioptionen und titoistischer Verfemung. Die pfälzische KPD 1919-1956, in: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz. 103. Band, Speyer 2005, S. 343 ff.

³⁷ Vgl. Becker, Klaus J.: Spartakus, Rote Front, Antifa. Ausübung und Instrumentalisierung politischer Gewalt in der Weimarer Republik am Beispiel des Bezirkes Pfalz der KPD, in: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz. 107. Band, Speyer 2009, S. 405 ff.

³⁸ In ihr sammelten sich zunächst die pfälzischen Anhänger Trotzki, die sich bereits früh als „Weddinger Opposition“ innerhalb der KPD organisiert hatten und ultralinke Positionen vertraten. 1930 überführte Frenzel die pfälzischen Trotzkiisten in deren reichsweiten Zusammenschluss, der sich im März 1930 als „Vereinigte Linke Opposition der KPD“ konstituiert hatte, um sich bereits 1931 mit seinen Ludwigshafener Anhängern einer Oppositionsgruppe gegen Trotzki („Linke Opposition der KPD“) um den Österreicher Kurt Landau anzuschließen. Während Frenzels Organisation dann bis 1933 in der Pfalz diese trotzkistische Minderheitsgruppe repräsentierte und zunehmend an politischen Einfluss verlor, verblieben die organisierten Anhänger Trotzki in Kaiserslautern und Neustadt bis 1933 bei der gleichnamigen, aber von Trotzki „autorisierten“, Mehrheitsgruppe – ohne aber in der Pfalz realen politischen Einfluss zu erreichen.

³⁹ Diese linkskommunistische Organisation hatte sich zu Ostern 1928 als Sammelbecken derjenigen KPD-Mitglieder gegründet, die während der Fraktionskämpfe in der Kommunistischen Internationale und der KPdSU (B) für Grigorij Sinowjew Partei ergriffen hatten und nachfolgend aus der KPD ausgeschlossen worden waren. In der Pfalz lag ihr organisatorischer Schwerpunkt in Speyer. Dort gelang es auch der Ortsgruppe des Leninbundes bei der Stadtratswahl am 8. Dezember 1929 mit 495 Stimmen (3,9 %) das einzige pfalzweite Mandat für den Leninbund zu erringen. Das ehemalige KPD-Mitglied Julius Priefer nahm den Stadtratssitz bis 1933 war, obwohl seine Organisation bereits 1931 in Bayern verboten wurde. Die Mitglieder des Speyerer Leninbunds wirkten trotzdem bis 1933 in den hiesigen Organisationen der Arbeiterbewegung.

Teil kehrten ihre Mitglieder sogar zur KPD zurück, wie **Fritz Baumgärtner** in Ludwigshafen – oder beantragten zumindest eine Neuaufnahme,⁴⁰ wie **Hans Weber** in Speyer. Die Destabilisierung der Weimarer Republik führte also zu einer Stabilisierung der KPD, die dabei auch sprunghaft neue Mitglieder gewann. Das Gegenteil vollzog sich bei der SPD. War sie bisher der Stabilitätsfaktor der Weimarer Republik gewesen, so stritt man nun in den eigenen Reihen nach dem Ende der Kanzlerschaft von Hermann Müller am 27. März 1930 über die Frage: „Konfrontation oder Tolerierung eines möglichen Präsidialkabinetts.“ Dabei traf die pfälzische Sozialdemokratie eindeutige Richtungsentscheidungen: So wurde im Vorfeld der Reichstagswahl 1930 zwar Johannes Hoffmann unbestritten wieder zum Spitzenkandidaten für den Wahlkreis Pfalz gewählt, aber für das bisherige zweite pfälzische SPD-Reichstagsmandat Friedrich Wilhelm Wagner nominiert, während der Parteilinke und Tolerierungsgegner **Gerhard Jacobshagen**, der das zweite Mandat seit Dezember 1924 inne hatte, per Antrag mit 131 zu 70 Stimmen überhaupt nicht mehr auf die Liste gesetzt wurde.⁴¹ Das Ergebnis vom 14. September 1930 entsprach jedoch nicht den Erwartungen der Tolerierungsbefürworter und wurde mit „eine Schlappe der Sozialdemokratie“ von der „Pfälzischen Post“ noch recht beschönt, denn die SPD hatte mit 105.506 Stimmen in der Pfalz nicht nur Platz 1 an Zentrum und BVP (115.915 Stimmen) abgegeben müssen, sondern war sogar noch hinter der NSDAP (106.163 Stimmen) auf Platz 3 der Wählergunst gefallen.⁴² Angesichts dieser realen Bedrohung durch den Nationalsozialismus entschied sich die deutsche Sozialdemokratie nach der „Katastrophenwahl“ vom September 1930 für das „kleinere Übel“ – die Tolerierung der Regierung Brüning.⁴³ Die Vertreter der Parteilinken in der Reichstagsfraktion hielten zunächst die Fraktionsdisziplin ein. Als jedoch am 20. März 1931 die letzte Rate für den Panzerkreuzer A und die erste Rate für den Panzerkreuzer B im Reichstag zur Abstimmung stand, stimmten neun SPD-Reichstagsabgeordnete gemeinsam mit der KPD gegen die Vorlage und eröffneten damit die nächste Runde im innerparteilichen Konflikt um die Tolerierungsfrage.⁴⁴ Dabei positionierte sich die Mehrheit der pfälzischen SPD hinter den Kurs der Parteiführung: „Wir müssen Brüning dulden, um den Willen der Nazis, an die Regierung zu kommen, zu vereiteln“, so Friedrich Wilhelm Wagner, der noch im Dezember 1930 für den am 15. Dezember 1930 verstorbenen Johannes Hoffmann in den Reichstag nachgerückt war, am 12. April 1931 auf dem 36. pfälzischen Bezirksparteitag in Speyer. Als einziges Bezirksvorstandsmitglied kritisierte **Susanna Jacobshagen** in der Aussprache die Tolerierungspolitik der Reichstagsfraktion und billigte die Abweichung der neun Linksoppositionellen.⁴⁵ Der 36. Bezirksparteitag war u.a. zur Wahl der pfälzischen Delegierten für den nächsten Reichsparteitag der SPD zusammengetreten, der dann vom 31. Mai bis zum 5. Juni 1931 in Leipzig tagte. In dessen Vorfeld besuchte Friedrich Wilhelm Wagner die Ortsgruppen, um sie auf Grundlage der Beschlüsse des Bezirksparteitages über die Tolerierungspolitik der SPD zu informieren. Gleichzeitig suchte aber auch sein Vorgänger, **Gerhard Jacobshagen**, Parteimitglieder auf, die er „auf Grund ihrer radikaleren Einstellung zur Parteitaktik“ für eine Konferenz oppositioneller Sozialdemokraten werben wollte. Das Erscheinen des Aufrufes zu dieser Konferenz am 30. Mai 1931 in der

⁴⁰ Vgl. die Beitrittserklärung von Hans Weber sowie das Ablehnungsschreiben der Bezirksleitung vom 29. November 1930 an das ZK, in: StALu, Bestand SLU, Nr. 184, Ordner KPD 1930-1933.

⁴¹ Vgl. Pfälzische Post Nr. 191 v. 18.8.1930 („Wahlauftakt der pfälz. Sozialdemokratie“).

⁴² Vgl. Pfälzische Post Nr. 215 v. 15.9.1930 („Nach der Wahlschlacht“).

⁴³ Vgl. Pfälzische Post Nr. 246 v. 21.10.1930 („Die Taktik der Sozialdemokratie im Reichstag“).

⁴⁴ Vgl. Arndt, Helmut: Profilierungs- und Differenzierungsprozesse in der SPD unter den Bedingungen der zeitweiligen Stabilisierung des Kapitalismus (1925-1930/1931), in: Heinz Niemann (Hrsg.): Auf verlorenem Posten? Zur Geschichte der Sozialistischen Arbeiterpartei, Berlin 1991, S. 93-96.

⁴⁵ Vgl. Pfälzische Post Nr. 85 v. 13.4.1931 („Die politische Lage und die Taktik der Sozialdemokratie“).

kommunistischen „Arbeiter-Zeitung“⁴⁶ nahm das Bezirkssekretariat dann zum Anlass, **Gerhard** und **Susanna Jacobshagen**, aus der SPD auszuschließen,⁴⁷ die daraufhin ihren Übertritt zur KPD erklärten.⁴⁸ Da beide die ersten prominenten Parteilinken waren, die reichsweit im Rahmen der Tolerierungsdebatte das Parteibuch wechselten, blieb dieser Vorgang auch auf dem Leipziger Parteitag nicht unbeachtet, weshalb der pfälzische Bezirksvorsitzende Richard Hammer noch in Leipzig dazu Stellung nahm. Die Delegierten reagierten auf Hammers Ausführungen mit Unmutsäußerungen gegen die gesamte Parteiopposition.⁴⁹ Entsprechend deutlich war dann auch die Abstimmung über die Fraktionspolitik, in der das Verhalten der neun „Disziplinbrecher“ mit 324 Stimmen bei 62 Gegenstimmen verurteilt wurde.⁵⁰

Dieser Sieg des Parteivorstandes war jedoch teuer erkauft, denn die zweite Notverordnung der Regierung Brüning am 5. Juni 1931 brachte eine weitere „Belastung der Minderbemittelten“ mit sich.⁵¹ Dennoch stellten die Ortsvereinsvertreter auf den pfälzischen Unterbezirkskonferenzen im Sommer 1931 die Politik der Reichstagsfraktion nicht grundsätzlich in Frage, sondern forderten die Basis weiter zur Disziplin auf.⁵² Auf den nachfolgenden Ortsvereinssitzungen gelang dies jedoch nicht immer, wie z.B. der Verlauf der Ortsvereinssitzung in Frankenthal am 29. August 1931 zeigte, wo „nicht wenige Redner eine grundlegende Änderung unserer Taktik“ forderten.⁵³ Eine Entwicklung, die sich auch andernorts vollzog, weshalb der Parteivorstand am 22. September 1931 mit dem Parteiausschluss „gegen jede Sonderorganisation innerhalb der Partei“ drohte.⁵⁴ Aber damit ließen sich die Kritiker der Tolerierungspolitik nicht zum Schweigen bringen, wie der Ablauf der Mitgliederversammlung in Oppau am 26. September 1931 belegte.⁵⁵ Das Ergebnis war der Parteiausschluss der führenden Parteilinken Max Seydewitz und Kurt Rosenfeld am 29. September 1931,⁵⁶ die sich mit ihren Anhängern am 4. Oktober 1931 zur Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) zusammenschlossen,⁵⁷ während andere führende Parteilinke – wie der Reichstagsabgeordnete Oettinghaus⁵⁸ und der auch in der Pfalz populäre Mannheimer Pfarrer Eckert⁵⁹ – **Gerhard** und **Susanna Jacobshagen** in die KPD folgten. Die SAP wurde jedoch nicht nur zum Sammelbecken enttäuschter Sozialdemokraten. Auch Linksradikale sahen in ihr eine neue Betätigungschance. Mit **Ludwig Kohl**, Ernst Weiß, Otto Metz und **Erich Mirtschin** trat praktisch die vollständige pfälzische RK-Gruppe⁶⁰ als

⁴⁶ Vgl. Arbeiter-Zeitung Nr. 113 v. 30.5.1931 („Kämpfende Einheitsfront für den Sieg des Sozialismus!“).

⁴⁷ Vgl. Pfälzische Post Nr. 124 v. 1.6.1931 („Entlarvt“).

⁴⁸ Vgl. Arbeiter-Zeitung Nr. 115 v. 2.6.1931 („Nur die Kommunisten verwirklichen den Sozialismus“).

⁴⁹ Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des SPD-Parteitages in Leipzig 1931, Berlin 1931, S. 123/124.

⁵⁰ Vgl. Pfälzische Post Nr. 127 v. 4.6.1931 („Der Parteitag für die Fraktionspolitik“).

⁵¹ Vgl. Pfälzische Post Nr. 130 v. 8.6.1931 („Die neue Notverordnung“).

⁵² Vgl. für den Unterbezirk Speyer: Pfälzische Post Nr. 156 v. 8.7.1931 („Aus der Parteiorganisation“), für den Unterbezirk Grünstadt: Pfälzische Post Nr. 161 v. 14.7.1931 („Parteiarbeit in der Pfalz“) und für den Unterbezirk Neustadt: Pfälzische Post Nr. 180 v. 5.8.1931 („Parteiarbeit in der Pfalz“).

⁵³ Vgl. Pfälzische Post Nr. 205 v. 4.9.1931 („Parteiarbeit in der Pfalz“).

⁵⁴ Vgl. Pfälzische Post Nr. 221 v. 23.9.1931 („Einheit über alles“).

⁵⁵ Vgl. Pfälzische Post Nr. 227 v. 30.9.1931 („Aus den pfälzischen Parteiorganisation“).

⁵⁶ Vgl. Pfälzische Post Nr. 227 v. 30.9.1931 („Rosenfeld und Seydewitz ausgeschlossen“).

⁵⁷ Vgl. Pfälzische Post Nr. 231 v. 5.10.1931 („Die Konferenz der Spalter“).

⁵⁸ Vgl. Pfälzische Post Nr. 225 v. 28.9.1931 („Die Lage in der Partei“).

⁵⁹ Vgl. Pfälzische Post Nr. 233 v. 7.10.1931 („Eckert in der KPD“).

⁶⁰ Vgl. Anm. 21.

linkskommunistische Fraktion schon im Oktober 1931 der neuen Partei bei und erlangte erst dadurch in der Pfalz eine gewisse Bedeutung, weil sie dort mit **Ludwig Kohl** zunächst den vorläufigen Bezirksvorsitzenden stellte.⁶¹ Dass der Einfluss der RK in der SAP zunächst so stark war, ist leicht nachvollziehbar, schließlich meldete die „Pfälzische Post“ am 23. Oktober 1931 gerade einmal 34 Austritte aus der pfälzischen SPD seit der Konstituierung der linken Abspaltung. Ersichtlich zu wenig um zu verhindern, dass die pfälzische SAP durch die rührige RK-Gruppe um den vorläufigen Bezirksvorsitzenden **Ludwig Kohl** sofort eine linkskommunistische Oppositionsrolle zur gewählten Parteiführung um Max Seydewitz und Kurt Rosenfeld betrieb.⁶² Zwar führte die SAP gezielte Mitgliederwerbveranstaltungen durch, aber die Resonanz blieb selbst in der linken SPD-Hochburg Oppau mit nur sieben Übertritten gering.⁶³ Von Nachteil hatte sich auch ausgewirkt, dass mit **Gerhard** und **Susanna Jacobshagen** in Ludwigshafen und Pfarrer Eckert in Mannheim die prominentesten regionalen Parteilinken zur KPD gewechselt waren. So umfasste auch in Ludwigshafen die Gründergruppe um **Karl Rihm**, **Hermann Oberfrank**, **Bernhard Hamm**, **Wilhelm Vollmer**, Ludwig Stucky und Heinrich Ringwald nur zwei ehemalige SPD-Stadtratsmitglieder (**Oberfrank** und **Rihm**) – aber keine führenden sozialdemokratischen Kommunalpolitiker.⁶⁴ Ebenso wenig gelang es bei bisher der Parteiopposition nahe stehenden Organisationen, wie den Religiösen Sozialisten oder der Friedensgesellschaft, geschlossene Übertritte zu bewirken. Und obwohl in der Gründungsphase der SAP auch von Seiten der SPD verstärkt Austrittsdruck auf SAP-Sympathisanten in den eigenen Reihen ausgeübt wurde,⁶⁵ blieb die Resonanz für die SAP in der Pfalz selbst nach einem ersten Mandatsgewinn bei der Landtagswahl in Hessen gering.⁶⁶ Von der pfälzischen SAJ⁶⁷ trat nur der Unterbezirk Frankenthal mit 200 Mitgliedern zum Sozialistischen Jugendverband (SJV) der SAP über.⁶⁸ Im November 1931 tagte die erste pfälzische Bezirkskonferenz der SAP in Neustadt. Hier waren **Ludwig Manderschied** und **Hans Schreiber** von der SPD zur SAP gestoßen. Dabei gelang es den vorläufigen Bezirksvorsitzenden **Ludwig Kohl** durch **Hans Schreiber** als gewählten Bezirksvorsitzenden zu ersetzen und dadurch die pfälzische Parteiorganisation in etwas ruhigeres Fahrwasser zu bringen. Auch der Bezirk der SJV richtete unter der Leitung von **Eugen Christ** seinen Sitz in Neustadt ein.⁶⁹ Allerdings bestand die SAP nach wie vor aus lediglich acht Ortsgruppen. Auch die verstärkte Agitation in den Gewerkschaften, die Bildung einer eigenen Kampforganisation – des Sozialistischen Schutzbundes, der Anfang Dezember 1931 in Neustadt gegründet wurde – und die Herausgabe einer eigenen Regionalzeitung – der „Badischen-Pfälzischen-Arbeiter-Tribüne“ – konnten am Misserfolg der Partei nicht viel ändern.⁷⁰

Vereinfacht wurde die Situation der pfälzischen SAP auch nicht dadurch, dass die einzigen kommunalpolitischen Zuwächse in der Pfalz am 8. Dezember 1931 zu verzeichnen waren, als

⁶¹ Vgl. Pfälzische Post Nr. 247 v. 23.10.1931 („Zur Parteispaltung in der Pfalz“).

⁶² Vgl. Pfälzische Post Nr. 247 v. 23.10.1931 („Zur Parteispaltung in der Pfalz“).

⁶³ Vgl. Pfälzische Post Nr. 250 v. 27.10.1931 („Die Seydewitz-Versammlung in Oppau“).

⁶⁴ Vgl. Pfälzische Post Nr. 250 v. 27.10.1931 („Völliges Fiasko der SAP“).

⁶⁵ Vgl. Pfälzische Post Nr. 251 v. 28.10.1931 („Mitgliederversammlung in Neustadt“).

⁶⁶ Vgl. Pfälzische Post Nr. 275 v. 25.11.1931 („Misslungener Fischzug der SAP in Neidenfels“).

⁶⁷ Vgl. Pfälzische Post Nr. 254 v. 31.10.1931 („Die pfälzische SAJ für Einheit“).

⁶⁸ Vgl. Roter Pionier Nr. 1 v. 12.1931 („Der Sozialistische Jugendverband marschiert“).

⁶⁹ Vgl. Roter Pionier Nr. 1 v. 12.1931 („Adressen-Tafel“).

⁷⁰ Vgl. Nestler, Gerhard: Gegen Hitler-Diktatur und Krieg – Die SAP in der Pfalz von 1931-1938, in: Neue Pfälzische Post Nr. 13 v. 12.1984.

in Frankenthal die KPD-Stadträte **Johann Bold** und **Georg Wolf** zur SAP übertraten.⁷¹ Sie folgten damit dem organisatorischen Beispiel einer starken Minderheit der bisherigen Reichsleitung der KPO, die Anfang November 1931 der SAP beigetreten war, um diese „für den Kommunismus“ zu erobern.⁷² Für das Wahljahr 1932 definierte die SAP als wichtigste Aufgabe, eine einheitliche Front aller deutschen Arbeiter zur Abwehr des Faschismus zu erreichen. Angestrebt wurde der Zusammenschluss von SPD, SAP und KPD zu einer einzigen Arbeiterpartei, so der Tenor einer Werbeveranstaltung der SAP („Durch Klasseneinheit zum Sieg“) am 4. Februar 1932 in Roxheim.⁷³

Nach dem Verzicht der SPD auf einen eigenen Reichspräsidentenkandidaten näherte sich die SAP aber immer mehr der KPD an. Am 19. Februar 1932 beschloss der Parteivorstand bei der Reichspräsidentenwahl den KPD-Kandidaten Thälmann zu unterstützen. Welch geringes eigenes Potential die SAP aber tatsächlich in die Waagschale werfen konnte, veranschaulichte die auf die Reichspräsidentenwahlen folgende bayerische Landtagswahl am 24. April 1932. In der Pfalz votierten nur 3.203 Wähler (0,6 %) für die Kandidaten der SAP, aber 48.702 für die der KPD und 84.333 für die der SPD. Zwischen KPD und SPD war ersichtlich kein Platz mehr für eine dritte Arbeiterpartei. Deutlich machte dies auch die erfolgreiche Landtagskandidatur von **Adolf Ludwig** auf der Liste der SPD, während sein nicht wieder gewählter Parteigenosse **Christian Schwartz** kurz darauf zur KPD übertrat.

Der Bedeutungsverlust der linken Kleinstparteien in der Endphase der Weimarer Republik hob jedoch keinesfalls die Spaltung der Arbeiterbewegung auf – weder der Legalismus der SPD noch der Verbalradikalismus der KPD verhinderten die Machtübergabe an Hitler. Die in die Illegalität gedrängten Arbeiterparteien blieben auf getrennten Positionen und versuchten faktisch nur die eigene Organisation unter diesen veränderten Bedingungen aufrechtzuerhalten. Einzelne Mitglieder der SAP – sofern sie wie **Fritz Volkemer** nicht sofort emigrieren mussten – wechselten wie **Ludwig Maurer** in Ludwigshafen bzw. **Heinrich Thiery** in Speyer zum kommunistischen oder wie **Eugen Christ** in Neustadt und **Eugen Eberhardt** in Pirmasens zum sozialdemokratischen Widerstand, während andere unter der Führung von **Karl Nord** nicht nur die eigene Organisation fortsetzten, sondern sogar z. B. in Kaiserslautern mit **Philipp Mees** aus den bisherigen Reihen der SPD sogar neue aktive Mitglieder für den pfälzischen SAP-Widerstand gewannen. In Frankenthal ging **Karl Huber** von der SPD zur KPD über.

Die nachfolgende kurze Annäherungsphase zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zu Zeiten der Französischen Volksfront wurde durch das Vorgehen der Komintern im Spanischen Bürgerkrieg konterkariert. Dieser vertiefte weiter die Spaltung, die auch durch den Zweiten Weltkrieg nicht aufgehoben wurde. So blieben die neuerlichen Annäherungsversuche zwischen **Herbert Müller** und **Adolf Ludwig** im Rahmen des Nationalkomitees Freies Deutschland für den Westen in der Endphase ihres französischen Exils die Ausnahme.⁷⁴

Vom demokratischen Neubeginn bis zum KPD-Verbot

Ausgehend von dieser Zwischenbilanz und dem Fakt, dass die Französische Besatzungsmacht 1945/46 zunächst nur die beiden großen Arbeiterparteien wieder legalisierte, gilt es zu Beginn der Nachkriegsdarstellung zu bilanzieren, für welchen politischen Weg die pfälzischen „Wandler zwischen den Welten“ sich zunächst nach 1945 entschieden:

⁷¹ Vgl. Pfälzische Post Nr. 288 v. 10.12.1931 („Stadtrat Frankenthal“).

⁷² Vgl. Niemann, Heinz: Gründung und Entwicklung der SAP bis zum I. Parteitag, in: Niemann (wie Anm. 59), S. 134.

⁷³ Vgl. Nestler (wie Anm. 49), S. 15.

⁷⁴ Vgl. Ludwig, Werner: Begegnung mit Herbert Müller in Südfrankreich, in: „Der Mensch muss zur Geltung kommen.“ Zur Erinnerung an Herbert Müller. Hrsg. vom SPD-Stadtverband Ludwigshafen u.a., Ludwigshafen am Rhein 1997.

- von den ehemaligen Gründungsmitgliedern der pfälzischen USPD war *Josef Queva* verstorben, *Adolf Ludwig* verblieb in der SPD, *Philipp Hügly* und *Wilhelm Crammé* in der KPD. *Peter Müller* kehrte 1945 von der SPD zur KPD zurück.
- von den Gründungsmitgliedern der KPD war *Carl Minster* ermordet worden, *Hans Weber* organisierte sich 1945 in der SPD, während *Max Frenzel* zur KPD zurückkehrte.
- von den Gründungsmitgliedern der FSJ verblieb *Ernst Lorenz* auch 1945 in der SPD, *Herbert Müller* in der KPD.
- von den Tolerierungsgegnern in der SPD aus dem Jahr 1931 fanden *Gerhard* und *Susanna Jacobshagen* nach 1945 weder bei SPD noch KPD Aufnahme und mussten sich Hilfe suchend an den Ludwigshafener CDU-Bürgermeister Dr. Ludwig Reichert wenden.⁷⁵
- von den Gründungsmitgliedern der SAP organisierten sich *Erich Mitschin*, *Hermann Oberfrank*, *Bernhard Hamm*, *Ludwig Manderschied*, *Hans Schreiber*, *Heinrich Thiery* und *Eugen Christ* nach 1945 in der KPD – lediglich *Karl Nord*, *Fritz Volkemer* und *Wilhelm Vollmer* gingen wieder zur SPD.
- von den sozialdemokratischen Parteiwechslern 1933 ging *Philipp Mees* zur SPD zurück, während *Karl Huber* in der KPD verblieb.

Gerade die ehemaligen SAP-Mitglieder in der KPD engagierten sich 1945/46 für die Schaffung einer Sozialistischen Einheitspartei auch in der Pfalz,⁷⁶ stießen hierbei jedoch auf den heftigen Widerstand ehemaliger KPD-Mitglieder, die sich nach 1945 in der SPD organisiert hatten, wie z.B. *Maxim Kuraner*. Trotzdem war das Verhältnis zwischen pfälzischer SPD und KPD bis zum Beginn des Kalten Krieges stärker von Kooperation als von Konfrontation gekennzeichnet – mit der Zustimmung der SPD-Landtagsfraktion zur Abwahl des kommunistischen Wiederaufbauministers Willy Feller am 9. April 1948 war das Tischtuch jedoch endgültig zerschnitten. Entsprechend wurden nach der Kommunalwahl 1948 kommunistische Beigeordnete in Ludwigshafen, Kaiserslautern, Frankenthal und Zweibrücken nicht wiedergewählt. Rückschauend sah die pfälzische KPD ihre eigene Kooperationspolitik bis 1948 als verfehlt an und machte mit *Herbert Müller* ihren ehemaligen Bezirksvorsitzenden als Hauptschuldigen hierfür verantwortlich. Der parteiintern an den Pranger gestellte *Herbert Müller* zog daraus Ende 1949 die Konsequenz.⁷⁷

Unabhängig hiervon erklärte jedoch schon am 25. September 1949 der kommunistische Beigeordnete in Neustadt, *Ludwig Manderschied*, seinen Austritt aus der KPD und seinen Übertritt in die SPD. *Ludwig Manderschied* begründete seinen Entschluss mit seiner politischen Selbsttäuschung nach 1945, in der Hoffnung auf ein Lernen der KPD aus ihren Fehlern vor 1933. Heute sei die Partei jedoch noch schwächer und falle von einem Extrem in das andere. Seine unabhängige Politik sei von der KPD als „bürgerlich-reformistisch“ bezeichnet worden. In der SPD sehe er eine bessere Plattform für sich.⁷⁸

Völlig die Entwicklung verkennend, stellte das Sekretariat der rheinland-pfälzischen KPD am 27. September 1949 daraufhin fest, im Fall *Herbert Müller* nicht entschlossen genug gehandelt zu haben.⁷⁹ *Herbert Müller* war jedoch nicht mehr bereit, sich weiter der Parteiinquisition zu stellen, sondern formulierte am 28. September 1949 nach 30jähriger Zugehörigkeit zur kommunistischen Bewegung seine Austrittserklärung aus der KPD, der er

⁷⁵ Vgl. StALu, N 24, Nr. 129.

⁷⁶ Vgl. Becker, Klaus J.: Sozialdemokratie oder Sozialistische Einheitspartei, in: Die pfälzische Sozialdemokratie. Hrsg. von Manfred Geis und Gerhard Nestler, Edenkoben 1999.

⁷⁷ Vgl. Becker, Klaus J.: Der lange Weg von der KPD zur SPD, in: Der Mensch muss zur Geltung kommen (wie Anm. 73).

⁷⁸ Vgl. Die Freiheit, Jg. 3, Nr. 115 v. 30.09.1949 („Politische Selbsttäuschung kann nicht mehr verantwortet werden“).

⁷⁹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD vom 27. September 1949, in: Stiftung „Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ im Bundesarchiv (im weiteren: SAPMO BArch), Zentrales Parteiarchiv der SED (im weiteren: ZPA), BY 1 1045.

gleichzeitig seinen Beitritt zur SPD folgen ließ.⁸⁰ Innerhalb der SPD gab es über diese Entscheidung keine große Diskussion, sondern Müllers Übertritt wurde vom Stadtvorstand Ludwigshafen dem pfälzischem Bezirksvorstand nur zur Kenntnis gegeben.⁸¹ Daraufhin entschloss sich der SPD-Bezirksvorstand, nachdem nach **Ludwig Manderschied** und **Herbert Müller** am 28. September 1949 auch noch der Speyerer Regierungsrat **Heinrich Thiery** und der Betriebstechniker der Stadtwerke Neustadt Franz Kuhn ihren Übertritt von der KPD zur SPD erklärten, diese Parteiwechsel am 30. September 1949 groß im Organ der pfälzischen Sozialdemokratie herauszustellen.⁸² Herbert Müller begründete seine Entscheidung mit der persönlichen Demütigung durch die KPD. Diese sei stärker gewesen als die Demütigung, die er durch die Nationalsozialisten erlebt habe. Weiter wies er auf die innerdeutsche Migration von ostdeutschen Kommunisten und Sozialdemokraten seit 1946 hin. Dagegen sei in der SPD eine aufrichtige Politik möglich. Seine Austrittserklärung wurde gemeinsam mit der Übertrittserklärung **Ludwig Manderschieds** vom 25. September 1949 veröffentlicht. Da die „Freiheit“ mit Franz Kuhn und **Heinrich Thiery** ja noch zwei weitere Austritte aus der rheinland-pfälzischen KPD melden konnte, verkündete sie einen „offenen Ausbruch der Krise in der KP“. Sie begrüßte ihre neuen Genossen und forderte die verbliebenen KPD-Mitglieder zum gleichen Schritt auf. Weiterhin bat sie ihre Leser um die Verbreitung dieser Ausgabe unter allen Mitgliedern und Sympathisanten der KPD, da zahlreiche KPD-Mitglieder auf ein Zeichen warten würden.⁸³ Zur größeren Verbreitung wurde gleichzeitig von der SPD noch ein Flugblatt mit der Erklärung **Herbert Müllers** herausgegeben, das ebenfalls die KPD-Mitglieder zum Übertritt zur SPD aufforderte.⁸⁴ Das Presseecho auf den Parteiwechsel **Herbert Müllers** war enorm. Hierzu hatte die SPD geschickt beigetragen, indem das Bezirkssekretariat bereits am 29. September 1949 den Medien und politischen Kreisen eine entsprechende Meldung zugespielt hatte, so dass der Austritt **Herbert Müllers** ab dem 30. September 1949 zumindest in der Pfalz in aller Munde war.⁸⁵ Am 12. Dezember 1949 wechselte auch der Zweibrücker Partei- und Fraktionsvorsitzende der KPD, **Georg Kuhn**, unter Beibehaltung seines Mandates zur SPD über. Daraufhin rief das Sekretariat der rheinland-pfälzischen KPD zu erhöhter Wachsamkeit gegen Parteifeinde auf. Zusätzlich verpflichtete eine Betriebsgruppenversammlung bei der rheinland-pfälzischen KPD-Zeitung „Neues Leben“ am 11. Januar 1950 die Mitarbeiter, „alle Beziehungen zu dem Tito-Agenten Müller, der im Dienste eines ausländischen Geheimdienstes arbeitet“, abubrechen. Jedoch lehnte der bei „Neues Leben“ beschäftigte jüngere Sohn von **Herbert Müller**, Walter Müller nur politische, aber nicht persönliche Kontakte zu seinem Vater ab.⁸⁶

⁸⁰ Vgl. das handschriftliche und maschinenschriftliche Original vom 28. September 1949, in: StALu, N 1, Nr. 171.

⁸¹ Mündliche Auskunft Günter Janson vom 22. Juli 1996.

⁸² Mündliche Auskunft Herbert Müller am 20. Oktober 1993. Alle vier Übertritte zur SPD wurden politisch begründet; unausgesprochen blieb dabei, dass im September 1949 ein berufliches Vorwärtskommen mit einem Parteibuch der KPD nicht mehr möglich war. So war bereits zum 1. September 1949 der Kirner Amtsbürgermeister und spätere SPD-Landesvorsitzende Wilhelm Dröscher von der KPD zur SPD übergetreten, nachdem er sich schon im Januar 1949 geweigert hatte, weiter eine Parteifunktion zu übernehmen. Heinrich Thiery war bereits im Januar 1949 als Leiter des Arbeitsamtes Speyer zur Ablösung vorgesehen gewesen. Sein Übertritt zur SPD bedeutete auch die Gewährleistung seiner Weiterbeschäftigung. Ludwig Manderschied stieg durch den Parteiwechsel in Neustadt vom ehrenamtlichen zum hauptamtlichen Beigeordneten auf. Herbert Müller behielt nach seinem Übertritt zur SPD nicht nur weiter seine Mandate in Stadtrat und Landtag, sondern nahm auch weiter seine Aufsichtsratsmandate wahr, so bei den Pfalzwerken und der Konsumgenossenschaft, in die er als KPD-Vertreter gewählt worden war. Zusätzlich beschäftigte ihn ab 1950 der SPD-Unterbezirk Ludwigshafen als Geschäftsführer. Vgl. zu Dröscher und Thiery das Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD vom 25. Januar 1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045.

⁸³ Vgl. Die Freiheit, Jg. 3, Nr. 115 v. 30.09.1949 („Krise in der KP offen ausgebrochen“).

⁸⁴ Vgl. StALu, N 1, Nr. 171.

⁸⁵ Vgl. die Presseauschnittssammlung zum Parteiwechsel Herbert Müllers, in: StALu, N 1, Nr. 171.

⁸⁶ Vgl. StALu, N 50, Nr. 2 sowie das Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD vom 13. Januar 1950, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1047.

Gleiches galt für **Herbert Müllers** älteren Sohn **Herbert Müller junior**. Daraufhin wurden Walter Müller, seine Ehefrau Emilie und sein Schwager Willi Schmitz am 17. Januar 1950 durch das Landessekretariat aus ihrer Tätigkeit für die KPD entlassen und aus der Partei ausgeschlossen.⁸⁷ Nachfolgend erklärte auch **Herbert Müller junior** seinen Austritt aus der KPD – 1952 trat auch er der SPD bei.⁸⁸

Allerdings folgten bei weitem nicht alle Anhänger einer kommunistischen Realpolitik dem Beispiel der Familie Müller. Zwar waren schon Ende 1950 die Folgen des Massenexodus aus der sich binnen eines Jahres von einer realen politischen Kraft in eine stalinistische Sekte transformierten KPD unübersehbar: Von Oktober 1949 bis Dezember 1950 hatte sich die Mitgliederzahl in Rheinland-Pfalz von 12.189 auf 6.292 reduziert.⁸⁹ Aber wie bei der Spaltung der USPD 1920 vollzog ein wesentlicher Teil der von der KPD Enttäuschten nicht den von der SPD erhofften Übertritt, sondern ging den Weg der inneren Emigration. Nur eine ganz kleine Minderheit versuchte analog zur Weimarer Republik noch einmal den dritten Weg zwischen SPD und KPD zu gehen und konstituierte nach dem jugoslawischen Vorbild die Unabhängige Arbeiterpartei Deutschlands (UAPD).⁹⁰ Lediglich in Kusel bildete sich im Sommer 1950 um den ehemaligen pfälzischen KPD-Reichstagsabgeordneten **Fritz Benedum** eine Ortsgruppe. Hierauf forderten **Herbert Müller** und **Maxim Kuraner** die SPD auf, diesen Bestrebungen mit einem eigenen Aufruf entgegenzutreten, um jene Kommunisten zu gewinnen, die mit der KPD „ehrlich gebrochen haben und noch nicht den Weg zur SPD finden“.⁹¹

Da die SPD selbst sich aber immer stärker am „Abwehrkampf gegen die Wühlarbeit der Kommunisten in den Westzonen“⁹² beteiligte, steigerte dies nicht ihre Anziehungskraft für gemäßregelte KPD-Funktionäre. So fanden z.B. die im Februar 1951 ausgetretenen bzw. ausgeschlossenen Ludwigshafener KPD-Stadträte **Fritz Baumgärtner** und **Max Frenzel** nicht den Weg zur SPD. Bereits im April 1951 schloss sich auch **Paul Liebel** den beiden nun fraktionslosen ehemaligen kommunistischen Abgeordneten im Ludwigshafener Stadtrat an – er wechselte jedoch im Februar 1952 zur SPD-Fraktion.⁹³

Nach dem Scheitern der UAPD 1951 versuchten ab November 1952 mit der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP)⁹⁴ und dem Bund der Deutschen (BdD)⁹⁵ neutralistische Kleinparteien den Mittelweg zwischen SPD und KPD zu besetzen – ohne sich allerdings als Arbeiterparteien zu verstehen. Von Seiten der KPD wurde das neutralistische Ansinnen sogar unterstützt und

⁸⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD vom 17. Januar 1950, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1047 sowie Neues Leben, Jg. 4, Nr. 8 v. 18.01.1950 („Die Partei duldet keine Verbindung mit Tito-Agenten“).

⁸⁸ Vgl. StALu, N 51, Nr. 18.

⁸⁹ Vgl. Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz (Anm. 18), S. 404 ff.

⁹⁰ Vgl. Heimann, Siegfried: Die Arbeiter-Partei, in: Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Hrsg. von Richard Stöss, Opladen 1983.

⁹¹ Vgl. StALu, N 1, Nr. 171, 172, 177.

⁹² So ermittelte der Bezirk Pfalz der SPD, der bereits auf seinen 43. Bezirksparteitag gefordert hatte, „daß Kommunisten in unserem Volke wie Aussätzige behandelt werden“ und eine „Demokratische Unschädlichmachung der Kommunisten“ beschlossen hatte, von seinen Unterbezirksleitungen „nähere Angaben über das persönliche und politische Leben der führenden kommunistischen Funktionäre“. Tatsächlich wurden dem Bezirksvorstand anschließend nicht nur biographischen Angaben zum politischen Werdegang sondern auch persönliche Informationen z.B. über Schwangerschaftsabbrüche gegeben. Vgl. hierzu die Berichterstattung über den 43. Bezirksparteitag, insbesondere über das Referat von Franz Bögler, das als Hauptthemen „Deutschland“ und „Weltkommunismus“ hatte, in: Die Freiheit vom 17. Mai 1950 sowie Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nr.760.

⁹³ Vgl. StALu, Ih 113 (Becker, Klaus J.: Die Mitglieder der KPD im Ludwigshafener Stadtrat zwischen 1920 und 1956 – unveröffentlichtes Manuskript).

⁹⁴ Vgl. Heimann, Siegfried: Die Gesamtdeutsche Volkspartei, in: Parteienhandbuch (Anm. 90).

⁹⁵ Stöss, Richard: Der Bund der Deutschen, in: Parteienhandbuch (Anm. 90).

insbesondere der BdD auch als Bewährungsorganisation für ausgeschlossene KPD-Mitglieder angesehen. Aber auch bei SPD-Mitgliedern fanden sich Sympathisanten für eine konsequente Neutralisierungspolitik. Sie wurden jedoch bei zu starker Annäherung an BdD oder GVP konsequent ausgeschlossen. Entsprechend fanden sich z.B. im Sommer 1953 unter den Gründungsmitgliedern des Ludwigshafener BdD sowohl der aus diesem Grund ausgeschlossene Sozialdemokrat **Wilhelm Vollmer** als auch der ausgeschlossene Kommunist **August Neu**.

Dennoch führte weder die Bildung der GVP noch des BdD zu größeren Mitgliederverlusten bei den beiden traditionellen pfälzischen Arbeiterparteien – allerdings wider Erwarten auch nicht der 17. Juni 1953. Zwar führte der Arbeiteraufstand in der DDR innerhalb der KPD zu Unklarheiten und Schwankungen bis in die Parteispitze, jedoch wurden weder verunsicherte Genossen ausgeschlossen, noch gab es eine Austrittswelle. Die verbliebenen Parteimitglieder waren inzwischen abgehärtet, so dass Unklarheiten und Schwankungen nicht mehr zum Bruch führten. Entsprechend vollzogen sich bis unmittelbar vor dem KPD-Verbot 1956 in Rheinland-Pfalz weder auf der Führungsebene noch bei den Mandatsträgern große Veränderungen.⁹⁶

Hingegen war man auf Seiten der SPD nun an einer noch stärkeren Abgrenzung gegenüber der KPD bemüht: Zwar befanden sich unter den am 15. Mai 1955 neu gewählten 36 Landtagsabgeordneten der SPD gleich vier ehemalige KPD-Mitglieder, wobei dies im Amtlichen Handbuch des Landtages Rheinland-Pfalz allerdings nur bei Wilhelm Dröcher auch bestätigt ist, ansonsten aber der Zeitraum der KPD-Mitgliedschaft bei **Ernst Lorenz**, **Maxim Kuraner** und **Herbert Müller** im Sprachgebrauch des Kalten Krieges mit „politisch organisiert“ umschrieben wurde.⁹⁷

Letzte bedeutende Parteiwechsel innerhalb der pfälzischen Arbeiterbewegung gab es daher erst wieder im Vorfeld des absehbaren Verbotes der KPD. Im April 1956 verließ mit **Waldemar Frenzel** nun auch der Sohn von **Max Frenzel** die KPD und trat der SPD bei. Unmittelbar danach wurde er freigestellter Betriebsrat bei den Technischen Werken Ludwigshafen. In dieser Rolle und als ötv-Kreisvorsitzender bemühte er sich anschließend, den kommunistischen Resteinfluss innerhalb der Arbeiterschaft bei der Stadtverwaltung Ludwigshafen weiter einzugrenzen.⁹⁸ Im Juni 1956 folgte mit **Wilhelm Eiselstein** ein weiteres KPD-Betriebsratsmitglied bei der Stadtverwaltung Ludwigshafen seinem persönlichen Freund **Waldemar Frenzel** in die SPD nach.⁹⁹

Am 17. August 1956 wurde die KPD bundesweit verboten – betroffen vom Organisationsverbot waren in Rheinland-Pfalz noch 3.900 Mitglieder. Eine kleine Minderheit davon – darunter auch **Richard Boiselle**, **Wilhelm Crammé**, **Philipp Hügly**, **Erich Mirtschin**, **Peter Müller**, **August Neu** und **Hans Schreiber** – folgte der Partei in die Illegalität. Die große Mehrheit dagegen schied völlig aus dem politischen Leben aus – nur ganz wenige bisherige Kommunisten – wie **Karl Breyer** in Neustadt – traten zur SPD über.¹⁰⁰

⁹⁶ Vgl. Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz (Anm. 18), S. 196 ff.

⁹⁷ Vgl. Amtliches Handbuch des Landtages Rheinland-Pfalz, II. Wahlperiode 1955. Hrsg. vom Landtag Rheinland-Pfalz, Mainz 1955. Diese Sprachregelung wurde konsequent bis zum Ende der politischen Laufbahn von Herbert Müller 1971 durchgehalten. Wissenschaftlich wurde seine dreißigjährige (!) KPD-Mitgliedschaft erstmals wieder 1969 von Hermann Weber publiziert, von Seiten der Zeitung „Die Rheinpfalz“ und der SPD erst anlässlich seines 85. Geburtstags im September 1985. Im „who is who“ wurde Herbert Müller durchgängig als SPD-Mitglied seit 1917 aufgeführt. Vgl. StALu, N 1, Nr. 302. Da Müller als Unperson galt, wurde diese Problematik auch von Seiten der KPD/DKP nicht thematisiert; erst 1991 kritisierte die DKP die Entfernung von „Titoisten“ aus der KPD nach 1949.

⁹⁸ Vgl. Becker, Klaus J.: Es ist gut, dass es in Deutschland Gewerkschaften gibt. Geschichte der ötv-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen 2001, S. 42 ff.

⁹⁹ Vgl. Archiv zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Pfalz / Privatarchiv Dr. Klaus J. Becker: Teilnachlass Wilhelm Eiselstein.

¹⁰⁰ Vgl. Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz (Anm. 18), S. 306 ff.

Fazit:

Die Parteiwechsel innerhalb der pfälzischen Arbeiterbewegung zwischen 1917 und 1956 erfolgten zu den markanten historischen Zäsurpunkten – nicht selten verbunden mit persönlichen Motiven. Die Gründe für die Wechsel zwischen 1917 und 1922 sind ursächlich in der Abspaltung der USPD von der SPD 1917, in der Spaltung der USPD 1920 und in der Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien 1922 zu suchen. Zwischen 1922 und 1931 sind die Parteiübertritte mit den Fraktionskämpfen innerhalb der pfälzischen KPD zu verorten. Zwischen 1931 und 1933 hingegen sind die Mehrheit der Parteiwechsler unzufriedene Sozialdemokraten.

Aus dieser Gruppe schlossen sich nach 1945 acht der hier vorgestellten Handlungsakteure der KPD an – nur vier der SPD. Bereits 1950 waren von diesen zwölf „Wandlern zwischen den Welten“ nur noch drei in der KPD, aber auch nur sechs in der SPD organisiert. Der sich zum gleichen Zeitpunkt vor dem Hintergrund von erneuter Stalinisierung der Parteiorganisation und Kaltem Krieg vollziehende Massenexodus aus der pfälzischen KPD führte keinesfalls zu den von Sozialdemokraten erhofften Massenübertritten. Wer jedoch diesen Schritt aus einer prominenten KPD-Funktion hin zu den Sozialdemokraten tat, hatte in aller Regel keinesfalls mit einem politischen Karriereknick zu rechnen. Hingegen hätte das Verbleiben in der KPD in Anbetracht der konstant rückläufigen Wahlergebnisse diesen mit Sicherheit bewirkt.

Unabhängig von dieser Überlegung machte die KPD aber – wie schon nach 1929 – ab 1949 erneut jedem auch nur ansatzweise das stalinistische Modell Kritisierenden ein Verbleiben in der Kommunistischen Partei unmöglich. Wer dies dennoch tat, dem drohte – ähnlich wie in den dreißiger Jahren – neuerlich ein Schauprozess hinter dem Eisernen Vorhang, verbunden mit zumindest mehrjähriger Haftstrafe in der UdSSR.

Im Zuge der Verschärfung des Kalten Krieges wurde aber auch von Seiten der SPD das offensive Werben für den Übertritt von KPD-Mitgliedern eingestellt – eine vorangegangene KPD-Mitgliedschaft sogar konsequent verschwiegen. Im Falle des späteren Ludwigshafener Ehrenbürgers Herbert Müller hatte diese z.B. 30 Jahre umfasst. Übertritte von der SPD zur KPD erfolgten nach 1945 faktisch gar nicht mehr. Ein Blick auf die Weimarer Republik belegt dennoch, dass die KPD sich zwar grundsätzlich auch um Übertritte bemühte, aber Parteiwechslern nur selten die gleichen Funktionen zubilligte, wie sie diese zuvor in der Sozialdemokratie innehatten.

Auffällig ist auch, dass die SPD während des ganzen Untersuchungszeitraums eine konstante Mitgliederpartei blieb, während USPD und KPD massive Einbrüche zu verzeichnen hatten, deren Dissidenten mit deutlicher Mehrheit den Weg des politischen Rückzugs und nicht des demokratischen Neubeginns gingen. Das zentrale Problem der pfälzischen Arbeiterparteien war also zwischen 1917 und 1956 weniger der Wechsel zwischen den Organisationen, sondern die Erhaltung des erreichten Mitgliederstandes sowie die Integration neu Gewonnener. Ein Problem, das auch die heutige Sozialdemokratie mehr denn je umtreibt.

„Wandler zwischen den Welten“ / Biografischer Anhang

Baumgärtner, Fritz: Geboren am 14. März 1897 in Dielkirchen. Metallarbeiter. 1919 USPD, 1920 Mitglied der KPD. 1922 Mitglied im Arbeiterrat der BASF, 1923-1925 Geschäftsführer des Industrieverbandes Chemie. 1924 in den bayerischen Landtag gewählt, 1926-1928 Polleiter des Bezirkes Pfalz der KPD, 1928 Parteiausschluss. Anschließend Angehöriger der linken kommunistischen Opposition in der Pfalz, die sich jedoch 1929 von Baumgärtner trennte. 1930 bei der Firma Gebr. Sulzer als Metallarbeiter beschäftigt. 1931 in Folge der Wirtschaftskrise entlassen. Wiederaufnahme in die KPD und bis 1933 für die RGO tätig. Zwischen 1933 und 1945 ständige Verfolgung: 1933 Schutzhaft, KZ-Haft in Dachau, anschließend 18 Monate Gefängnis. Am 17. Mai 1936 entlassen. Bis Juli 1939 als Metallarbeiter wieder bei der Firma Gebr. Sulzer beschäftigt, anschließend bei der Firma Lanz. Dort politisch gemaßregelt. Ende August 1939 bis April 1940 Militärdienst. Anschließend bis 1945 bei der Firma Sulzer als Schlosser tätig. Im Juni 1944 erneut in Schutzhaft und 1945 kurz vor dem

Einmarsch der Amerikaner Verfolgung durch die SS. 1945 Erster Bezirksvorsitzender der pfälzischen KPD, Mitglied der pfälzischen Bezirksleitung bis 1948, 1945/46 Mitglied im Beirat der Stadt Ludwigshafen und Betriebsratsvorsitzender bei der Firma Halberg. 1946 Mitbegründer der KP Hessen-Pfalz und Mitglied der engeren Landesleitung. 1946-1952 Mitglied des Stadtrates Ludwigshafen, 1946/47 MdBLV Rheinland-Pfalz, 1947 Mitglied des Landesvorstandes Rheinland-Pfalz der KPD und bis 1948 des Sekretariats des Landesvorstandes, 1947-1951 MdL Rheinland-Pfalz, 1949 Kandidat zum Bundestag im Wahlkreis Zweibrücken-Pirmasens-Bergzabern, 1950 Mitglied des Bezirkstages Pfalz. Am 19. Februar 1951 Austritt aus der KPD. Ab 1945 Sekretär und dann bis zu seinem Tod Landesvorsitzender der IG Metall in Rheinland-Pfalz. Fritz Baumgärtner starb am 10. April 1957 in Ludwigshafen.

Baumgärtner, Georg: Geboren am 18. November 1897 in Oppau. Kraftfahrer. Baumgärtner war seit 1924 Mitglied des Gemeinderates bzw. Stadtrates von Oppau – zunächst für die KPD, von der er im Mai 1929 zur SPD übertrat. Im Januar 1932 wurde er zum Vorsitzenden der Oppauer SPD gewählt. In dieser Funktion trat er offen gegen den Nationalsozialismus auf und prangerte auch Polizeiübergriffe auf antifaschistische Arbeiter an, die sich der NSDAP in Oppau entgegen stellten. Entsprechend bei den neuen Machthabern verhasst, musste er unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 aus Deutschland fliehen. Baumgärtner lebte anschließend 30 Jahre in der Emigration in Argentinien, bevor er am 20. März 1963 nach Oppau zurückkehrte. Georg Baumgärtner starb am 9. November 1984.

Benedum, Fritz: Geboren am 20. Februar 1902 in Kusel. Kraftfahrer. 1929 Kandidat und auf dem 12. pfälzischen Bezirksparteitag 1930 in die Bezirksleitung gewählt. Am 6. November 1932 und am 5. März 1933 für den Wahlkreis 27 Pfalz in den Reichstag gewählt. Frühjahr 1933 Emigration ins Saargebiet; Rückkehr nach Deutschland auf Anordnung der KPD; unmittelbar nach der Ankunft am 8. Juni 1933 verhaftet; am 11. Juli 1933 aus der Schutzhaft entlassen; am 1. September 1939 erneut verhaftet und bis 11. Januar 1940 im KZ Buchenwald interniert; nach der Entlassung wieder in Kusel wohnhaft; von 1942 bis 1945 Angehöriger der Wehrmacht. 1946 Mitglied der Kreisleitung und Kreistagsabgeordneter in Kusel, 1948 zusätzlich Mitglied des Stadtrates, 1949 Kandidat der KPD zum Bundestag. 1950 Übertritt zur UAPD. Fritz Benedum starb am 25. Dezember 1965 in Kusel.

Boiselle, Richard: Geboren am 13. August 1877 in Mundenheim. Städtischer Beamter. Seit 1895 Gewerkschaftsmitglied. 1919 USPD. April 1920 Stadtrat in Ludwigshafen, Dezember 1920 Übertritt zur KPD, 1922 Revisor der Bezirksleitung Pfalz, 1923 Rücktritt aus dem Stadtrat Ludwigshafen. 1933 bis 1945 unter Polizeiüberwachung. 1956 von der Gewerkschaft ötv für 60 Jahre Mitgliedschaft geehrt. 1960 Vertrauensmann der als Ersatzorganisation der KPD nicht zur Stadtratswahl in Ludwigshafen zugelassenen Wählergruppe Vollmer. Richard Boiselle starb am 24. März 1966 in Ludwigshafen.

Bold, Johann: Geboren am 24. September 1886 in Studernheim. Kesselschmied. Bereits 1924 auf Listenplatz 1 für die KPD in den Frankenthaler Stadtrat gewählt, trat er unter Beibehaltung seines Mandates 1931 zur SAP über. 1934 zählte ihn die Gestapo wieder zur Führung der illegalen KPD-Organisation in Frankenthal. Johann Bold starb am 29. April 1951 in Frankenthal.

Breyer, Karl: Geboren am 15. Oktober 1902 in Neustadt. Angestellter. März 1933 Schutzhaft, 1945 Vertreter der KPD im Neustadter Bürgerrat und Mitglied der pfälzischen Bezirksleitung bis 1948. 1945 bis 1947 Mitglied des Politischen Säuberungsrates und der Zentralen Säuberungskommission, 1947 bis 1948 Vertreter der KPD im politischen Landesbeirat. 1946 bis 1956 Mitglied des Stadtrates und 1946 bis 1948 der Kreisversammlung Neustadt. 1947 bis 1950 Vorsitzender des DGB-Ortskartells Neustadt. 1949 Mitglied des Landesvorstandes der KPD in Rheinland-Pfalz. Nach dem KPD-Verbot 1956 Mitglied der SPD und von 1960 bis 1969 für die SPD erneut Mitglied des Neustadter Stadtrates.

Christ, Eugen: Geboren am 8. April 1908 in Neustadt. Schlosser. 1928 Mitglied von SPD und Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Leiter der Kinderfreunde und der SAJ in Neustadt. 1931 SAP und Bezirksleiter des SJV, 1933 wieder SPD und auf der letzten Vorschlagsliste der SPD zum Stadtrat Neustadt, 1934 Teilnahme am Asselstein-Treffen der pfälzischen SPD, 1934 /35 hierfür in Haft. 1946 Mitglied von KPD und FDJ und am 27. April. 1947 zum Bezirksleiter der pfälzischen FDJ gewählt. 1950 Austritt aus der KPD. Eugen Christ starb am 17. Dezember 1976 in Ludwigshafen.

Crammé, Wilhelm: Geboren am 26. April 1889 in Ludwigshafen. Kohlenhändler. 1920 Mitglied der USPD. 1924 Spitzenkandidat der USPD zum Stadtrat Ludwigshafen sowie Listenplatz 2 der USPD im Wahlkreis Ludwigshafen zum Reichstag. 1931 Mitglied der KPD. 1945 Mitbegründer der Ludwigshafener KPD und Mitarbeiter der pfälzischen Bezirksleitung. Bis zur Stadtratswahl 1946 Mitglied des Ludwigshafener Bürgerrates

und von 1946 bis 1948 Mitglied der Kreisversammlung Ludwigshafen. Wilhelm Crammé starb am 9. Juli 1958 in Ludwigshafen.

Eberhardt, Eugen: Geboren am 8. Dezember 1902 in Pirmasens. Fabrikarbeiter. Seit 1920 Mitglied der sozialistischen Arbeiterjugend und der SPD. 1931 Übertritt zur SAP. 1933 als Nachfolger von **Fritz Volkemer** Leiter der illegalen Zelle der SAP in Pirmasens. Ab 1934 beteiligte er sich an dem Versuch die pfälzische SPD neu aufzubauen und wurde in diesem Zusammenhang am 22. Januar 1935 verhaftet und hierfür am 5. Februar 1935 auch durch das Oberste Landesgericht München auch angeklagt, allerdings am 17. Mai 1935 mangels Beweisen freigesprochen.

Eiselstein, Wilhelm: Geboren am 18. September 1907 in Ludwigshafen. Goldschmied. 1922 Mitglied der KPD. 1943 sowjetische Kriegsgefangenschaft in Stalingrad. Nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft 1945 wieder Mitglied der KPD und als Mechaniker bei den Stadtwerken in Ludwigshafen beschäftigt. Mitglied des Kreisvorstandes der KPD Ludwigshafen und der Gewerkschaft der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen, anschließend der ÖTV. 1950 wegen seiner KPD-Mitgliedschaft zur Entlassung aus dem Öffentlichen Dienst vorgesehen. 1952 Kandidat der KPD zum Stadtrat Ludwigshafen. 1956 Übertritt zur SPD. Wilhelm Eiselstein starb am 11. Oktober 1992 in Bad Dürkheim.

Frenzel, Max: Geboren am 9. April 1891 in Nürnberg. Schlosser. 1909 Mitglied der SPD, 1917 der USPD, 1918 Verbindung mit dem Spartakusbund und ab 1919 Mitglied der KPD. 1920 Mitbegründer der KPD in Ludwigshafen. März 1922 Bezirksvorsitzender der KPD Pfalz und Mitglied des Arbeiterrates in der BASF, November 1922 entlassen. 1923 von den Franzosen aus der Pfalz ausgewiesen. Als hauptamtlicher Funktionär arbeitete er zunächst illegal im Saargebiet und wurde Mitte 1924 zum Organisationsleiter des Bezirks Rhein-Saar berufen. Ende 1924 in den Ludwigshafener Stadtrat gewählt, Fraktionsvorsitzender der KPD. Ende 1927 wurde Frenzel vom ZK abgesetzt und im Februar 1928 ausgeschlossen. Anschließend war er Führer der Trotzlisten in der Pfalz. Nach längerer Erwerbslosigkeit arbeitete er wieder in seinem Beruf als Schlosser. 1928 Spitzenkandidat der AKP zur Reichstagswahl. 1929 bis 1933 als Vertreter der „Linken Opposition der KPD“ wieder Stadtrat in Ludwigshafen. Zwischen 1933 und 1945 dreimal für kürzere Zeit inhaftiert. Nach der Befreiung in den Ludwigshafener Beirat berufen, baute Frenzel in Ludwigshafen die Gewerkschaften mit auf, wurde im Juni 1945 wieder Mitglied der KPD und als Bürgermeister eingesetzt. 1946 Mitglied der pfälzischen Bezirksleitung der KPD und der Landesleitung der KP Hessen-Pfalz sowie der Kreisleitung Ludwigshafen, zuständig für Kommunalpolitik. 1946 in den Stadtrat und dort zum 2. Beigeordneten gewählt. 1948 erneut Mitglied des Ludwigshafener Stadtrates, aber als Beigeordneter nicht bestätigt. Frenzel arbeitete als Sekretär der IG Metall und war dort Beisitzer im Landesvorstand. 1951 schloss ihn die KPD erneut aus, da er sich nicht von Fritz Baumgärtner distanzierte. Max Frenzel starb am 18. Oktober 1975 in Ludwigshafen.

Frenzel, Waldemar: Geboren am 19. Juli 1926 in Ludwigshafen. Sohn von **Max Frenzel**. Maschinenschlosser. 1943 Militärdienst, 1944-1947 Kriegsgefangenschaft. 1947 Mitglied der KPD und der FDJ. 1948 Mitglied des Personalrats der Stadtwerke Ludwigshafen. 1948 Mitglied des Kreisvorstandes der KPD Ludwigshafen und Organisationssekretär der FDJ bis zum Verbot 1951. 1949 Vertreter der ötv in der Gewerkschaftsjugendleitung Ludwigshafen. 1950 wegen seiner KPD-Mitgliedschaft zur Entlassung aus dem Öffentlichen Dienst vorgesehen. 1952 Kandidat der KPD zum Stadtrat Ludwigshafen. 1956 Übertritt zur SPD und bis 1986 Vorsitzender des Betriebsrats der Technischen Werke Ludwigshafen. 1973 stellv. Aufsichtsratsvorsitzender der TWL. Stadtrat in Ludwigshafen von 1974 bis 1996 – stellv. Ortsvorsteher in Friesenheim und Oggersheim. Kreisvorsitzender der Gewerkschaft ötv von 1975 bis 1991. 1979 Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz. Waldemar Frenzel starb am 19. April 1996 in Ludwigshafen.

Gröning, Johann: Geboren 1893. 1920-1924 Mitglied des Stadtrats von Neustadt – zunächst für die USPD, dann für die KPD. 1927 erneut als Nachrücker auf der KPD-Liste in den Stadtrat von Neustadt gewählt. Im Juli 1929 Übertritt zur SPD unter Beibehaltung des Mandates. Im Dezember 1929 als SPD-Stadtrat wiedergewählt. 1931 Schriftführer des SPD-Ortsvereins. Kurz vor Kriegsende noch verhaftet, gründete Gröning 1945 den Ortsverein der SPD in Neustadt wieder und war von 1946 bis 1964 erneut Mitglied des Stadtrats. Johann Gröning starb 1978.

Hamm, Bernhard: Geboren am 9. Oktober 1887 in Ludwigshafen. Kesselschmied. 1903 Mitglied der Sozialistischen Jugend, 1904 DMV, 1905 SPD, 1922 Betriebsrat in der BASF, 1924 Kandidat der SPD zum Stadtrat Ludwigshafen, 1932 SAP, 1945 KPD und Vorsitzender des Arbeiterrates in der BASF bis 1947, 1946 Mitglied der Bezirksleitung Pfalz sowie des Landesvorstandes der KP Hessen-Pfalz, 1947 Mitglied des Landesvorstandes Rheinland-Pfalz der KPD, 1946 bis 1948 Stadtrat der KPD in Ludwigshafen. Bernhard Hamm starb am 23. Dezember 1948 in Ludwigshafen.

Hoecker, Valentin: Geboren am 1. Juni 1887 in Friesenheim. Angestellter. 1924 für die KPD in den Stadtrat Ludwigshafen gewählt, 1925 Übertritt zur SPD, 1927 Ausschluss aus der SPD wegen der Unterschlagung von Gewerkschaftsgeldern. Der schwer kriegsbeschädigte Hoecker gab danach sein Stadtratsmandat zurück. Valentin Hoecker starb am 15. Juni 1951 in Ludwigshafen.

Huber, Karl: Geboren am 23. Juni 1904 in Frankenthal. Maschinenschlosser. 1919 Mitglied der SAJ, 1920 des DMV und des ADGB, 1924 der SPD, 1933 der KPD. 1933 und 1934 mehrmals verhaftet, 1935 wegen „Beleidigung des Führers“ mit 6 Monaten Gefängnis bestraft, Am 21. Juli 1936 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 17 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach der Haftverbüßung 1937 ins KZ Dachau eingeliefert, anschließend KZ Mauthausen, 1942 KZ Buchenwald. Mai 1945 Rückkehr nach Frankenthal, Mitglied der „Antinationalsozialistischen Gruppe“, Juni bis Dezember 1945 Arbeitervertreter im Bürgerrat, Mitglied der pfälzischen Bezirksleitung der KPD. 1946 Mitglied der Zentralen Säuberungskommission beim Oberregierungspräsidium Hessen-Pfalz in Neustadt. 1946-1948 Stadtratsmitglied in Frankenthal und Vorsitzender der Ortsgruppe der KPD. 1947 Öffentlicher Ankläger bei der Spruchkammer des Internierungslagers in Landau, 1948 Ernennung zum Regierungsrat als Leiter der Betreuungsstelle für die Opfer des Faschismus bei der Bezirksregierung in Neustadt. 1951 aus politischen Gründen („Adenauer-Erlass“) entlassen. Karl Huber starb am 9. Juli 1965 in Kaiserslautern

Hügly, Philipp: Geboren am 30. Dezember 1879 in Haßloch. Metallarbeiter. 1899 Mitglied der SPD und von 1914 bis 1923 Mitglied des Gemeinderates in Haßloch. 1917 Vorsitzender der Haßlocher USPD, 1920 bis 1924 Mitglied des Bayerischen Landtages, 1922 wieder Mitglied der SPD trat er 1924 zur KPD über. 1928 Mitglied der Bezirksleitung Pfalz. 1933 war er Kandidat der KPD zum Reichstag, danach war er acht Wochen in Schutzhaft und wurde anschließend als Bahnarbeiter entlassen. 1945 war er wieder Mitarbeiter der pfälzischen Bezirksleitung der KPD. 1946 bis 1956 Mitglied des Gemeinderates Haßloch und bis 1952 2. Beigeordneter. 1951 Kandidat der KPD zum rheinland-pfälzischen Landtag. Philipp Hügly starb am 29. Januar 1963 in Haßloch.

Jacobshagen, Gerhard: Geboren am 28. Dezember 1890 in Northeim. Ehemann von **Susanna Jacobshagen**. Kaufmännischer Angestellter. 1919 USPD, 1920 SPD. Vom 7. Dezember 1924 bis zum 14. September 1930 für die SPD im Wahlkreis 27 Pfalz Reichstagsabgeordneter. Präsidialmitglied der Deutschen Friedensgesellschaft. Am 1. Juni 1931 zusammen mit seiner Frau Susanna zur KPD übergetreten. Im Mai 1932 bereits wieder aus der KPD ausgetreten. Am 27. Dezember 1935 verhaftet und wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Untersuchungshaft. 20. Mai 1936 Aufhebung des Haftbefehls. Am 29. August 1944 erneut verhaftet und bis zum 17. Oktober 1944 im KZ Dachau. Jacobshagen trat 1945 nicht mehr politisch hervor und wurde mit Unterstützung des Ludwigshafener CDU-Bürgermeisters Reichert Mitarbeiter der Stadtverwaltung Ludwigshafen. Gerhard Jacobshagen starb am 8. Juli 1953 in Ludwigshafen.

Jacobshagen geb. Walz, Susanna: Geboren am 11. November 1891 in Ludwigshafen. Ehefrau von **Gerhard Jacobshagen**. 1919 USPD, 1920 SPD, 1924-1933 Mitglied des Stadtrates Ludwigshafen, 1929-1933 Mitglied des Kreistages Pfalz. 1929 Mitglied der Bezirksleitung Pfalz der SPD. Am 1. Juni 1931 zusammen mit ihrem Mann Gerhard Jacobshagen zur KPD übergetreten. Leiterin der KPD-Frauengruppe Pfalz. Im Mai 1932 bereits wieder aus der KPD ausgetreten, nahm sie bis 1933 ihre Mandate als parteilose Abgeordnete wahr. Vom 13. März bis 28. April 1933 in Schutzhaft. Susanna Jacobshagen starb am 14. Dezember 1960 in Ludwigshafen.

Kohl, Ludwig: Geboren am 20. September 1905 in Frankenthal. Nach dem Besuch der Volks- und Gewerbeschule erlernte er das Schlosserhandwerk bei der Firma Albert. 1919 Mitglied der SAJ, 1923 der SPD und des DMV. 1929 Besuch der Parteischule in Gera. 1930 Anschluss an die innerhalb der SPD fraktionell wirkenden Roten Kämpfer, mit denen er 1931 zur SAP übertrat. Ortsvereinsvorsitzender in Frankenthal und vorläufiger Bezirksvorsitzender in der Pfalz. August 1932 Parteiaustritt und anschließend Leiter des Bezirkes Südwest der RK. 1933 Schutzhaft. 1934 Teilnahme an der illegalen Konferenz der RK in Berlin. 1935 Umzug nach Stuttgart. 1936 Teilnahme am zweiten Reichstreffen der RK. November 1936 Verhaftung durch die Gestapo und im Februar 1937 zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt. Nach seiner Haftentlassung wurde er zum Strafbataillon 999 eingezogen und fiel am 17. September 1943 in Frankreich.

Kuhn, Georg: Geboren am 3. Januar 1897. Angestellter. Mitglied der KPD seit 1920. 1933 acht Wochen Schutzhaft. 1945 Vorsitzender der KP in Zweibrücken und Mitbegründer der pfälzischen KPD, 1946 zuständig für Gewerkschaftsfragen in der Kreisleitung der KPD, 1948 Kreisvorsitzender, 1949 Schulungsleiter. 1945-1952 Mitglied des Stadtrates in Zweibrücken. 1946-1948 Beigeordneter, anschließend Vorsitzender der kommunistischen Stadtratsfraktion. Leiter des städtischen Besatzungsamtes. Dezember 1949 Übertritt zur SPD unter Beibehaltung seines Mandates.

Kuraner, Maxim: Geboren am 16. Dezember 1901 in Metz als Sohn eines Metzgermeisters. Nach dem Besuch der Volksschule sowie anschließend der Oberrealschule absolvierte er eine kaufmännische Lehre und arbeitete dann als Verlagsangestellter. 1919 wurde er Mitglied der KPD, von 1924 bis 1927 war er deren Unterbezirkssekretär in Trier, danach wirkte er bis 1933 in der KPD-Zentrale in Berlin. Im Frühjahr 1933 emigrierte er nach Paris und wirkte als Kurier der KPD-Auslandsleitung. 1936 begab er sich nach Madrid, wo er sich als Politoffizier der XI. Internationale Brigaden am Spanischen Bürgerkrieg beteiligte. Dabei kam es zu Differenzen mit der Kommunistischen Partei, woraufhin Kuraner nach seiner Rückkehr nach Paris 1939 politisch „abgehängt“ wurde. Nach dem Bekanntwerden des Hitler-Stalin-Paktes trat er am 3. September 1939 aus der KPD aus. Dennoch wurde Kuraner anschließend als deutscher Emigrant in Frankreich 35 Monate interniert, danach schloss er sich der Resistance an. Erst im April 1946 kehrte er nach Deutschland zurück und wurde Mitglied der SPD. Kuraner musste sich zunächst gegen ehrenrührige und böswillige Verleumdungen von Seiten der KPD zur Wehr setzen und war deshalb ein entschiedener Gegner jeder Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Er wurde politischer Redakteur bei der „Rheinpfalz“ und Sekretär der pfälzischen SPD. Von 1946 bis 1948 war er zudem Vorsitzender der SPD-Fraktion im Neustädter Stadtrat. Während der Entnazifizierungsphase war er zunächst Mitglied des Politischen Säuberungsrates, dann des Landesbeirates und schließlich 1948 stellvertretender Landeskommissar für die politische Säuberung in Rheinland-Pfalz. 1950 bis 1959 gehörte er dem Vorstand der pfälzischen SPD an. 1951 wurde er als Oberregierungsrat beim Sozialministerium Rheinland-Pfalz eingestellt; gleichzeitig gehörte er 1950/51, 1952 bis 1955 und von 1955 bis 1959 dem Rheinland-Pfälzischen Landtag an. Er war Mitglied des Fraktionsvorstandes und des Landesausschusses Rheinland-Pfalz der SPD. Seine politische Biografie wurde im Kalten Krieg mit „Seit 1919 politisch und gewerkschaftlich organisiert und aktiv tätig.“ geschönt. 1963 trat er in den Ruhestand. Maxim Kuraner starb am 26. März 1978 in Neustadt an der Weinstraße.

Liebel, Paul: Geboren am 23. Dezember 1900 in Nürnberg. Gewerkschaftssekretär. 1924 Entlassung durch die BASF wegen kommunistischer Betätigung. 1933 Schutzhaft und anschließend ein Jahr KZ in Dachau. 1945 Mitglied des Ludwigshafener Bürgerkomitees und Vorsitzender der Gewerkschaft Chemie in Ludwigshafen. Mitglied der pfälzischen Bezirksleitung der KPD. 1946 Mitglied der Landesleitung der KP Hessen-Pfalz, 1949 der Landesleitung der KPD in Rheinland-Pfalz. 1946 bis 1963 Mitglied des Stadtrates in Ludwigshafen. März 1947 Abwahl als Vorsitzender der Gewerkschaft Chemie, aber Einstellung als hauptamtlicher Sekretär. 7. April 1951 Austritt aus der KPD. 25. Februar 1952 Beitritt zur SPD. Paul Liebel starb am 14. November 1963 in Ludwigshafen.

Lorenz, Ernst: Geboren am 13. März 1901 in Oggersheim. 1919 Mitglied der FSJ und Mitbegründer der pfälzischen KPD. Seit 1920 Mitarbeiter der BASF, Vorsitzender der Gewerkschaft der Heizer und Maschinisten in Ludwigshafen. 1923 Parteiausschluss wegen seiner Weigerung dem kommunistischen Industrieverband beizutreten. Anschließend Mitglied der SPD. 1927-1933 Mitglied des Stadtrates Oggersheim, nach dem 20. Juli 1944 inhaftiert. 1945-1964 Mitglied des Stadtrates in Ludwigshafen, Mitglied des Bezirks- und Landesvorstandes der SPD, Betriebsratsvorsitzender in der BASF und Mitglied des Aufsichtsrates, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik in Rheinland-Pfalz, 1946/47 MdBLV und 1947-1967 MdL Rheinland-Pfalz. Ernst Lorenz starb am 8. Mai 1980 in Ludwigshafen.

Ludwig, Adolf: Geboren am 27. Juni 1892 in Pirmasens. Schuhmacher. Nach dem Besuch der Volksschule absolvierte Ludwig eine Schuhmacherlehre, die er mit der Gesellenprüfung abschloss. Seit 1910 engagierte er sich in der SPD und der Schuhmachergewerkschaft. 1917 wurde er Mitglied der USPD und 1918 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates in Pirmasens. Die Partei nominierte ihn als Kandidaten zur Wahl der Nationalversammlung, des Reichstags und des Landtags. 1920 wurde er Dritter Bürgermeister in Pirmasens – in dieser Funktion verblieb er auch nach seiner Rückkehr zur SPD 1922 bis 1930. 1932 wurde er sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter in Bayern. Nachdem er 1933 als Bezirksvorsitzender des Zentralverbandes der Schumacher Deutschlands in Pirmasens mehrfach verhaftet wurde, ging er in die Emigration nach Frankreich, wo er in der Internationalen Gewerkschaftsbewegung tätig war, zusätzlich ab 1944 auch im Nationalkomitee Freies Deutschland für den Westen. Nach der Befreiung kehrte Ludwig nach Deutschland zurück und beteiligte sich an der Gründung der Gewerkschaft Schuh und Leder (spätere Gewerkschaft Leder), deren Vorsitzender er für die Pfalz wurde. 1947 wurde er Landesvorsitzender des DGB Rheinland-Pfalz. Dieses Amt übte er bis 1958 aus. 1945 war er provisorischer Vorsitzender der pfälzischen SPD und 1946/47 dann gemeinsamer Vorsitzender mit Franz Bögler. 1946/47 war er Mitglied der Beratenden Landesversammlung von Rheinland-Pfalz und von 1947 bis 1949 Landtagsabgeordneter in Rheinland-Pfalz. Seit der ersten Bundestagswahl gehörte er bis 1961 und erneut vom 6. Januar 1962, als er für Friedrich Wilhelm Wagner nachrückte, bis zu seinem Tode am 18. Februar 1962 in Pirmasens dem Deutschen Bundestag an.

Manderschied, Ludwig: Geboren am 1. August 1905 in Haardt. Schriftsetzer. 1924 Mitglied der SPD. 1932 Übertritt zur SAP. Ab März 1933 18 Wochen im KZ Neustadt inhaftiert. 1939 Militärdienst. 1945 Mitglied der

KPD und der pfälzischen Bezirksleitung bis 1948, 1946 Mitglied der Landesleitung der KP Hessen-Pfalz, Kreissekretär in Neustadt und Verbindungsmann zur Bezirksregierung. Oktober 1945 ernannter Stadtrat in Neustadt. 1946 Mitglied der Kreisversammlung Neustadt und der ZSK-Wirtschaft. 1946 und 1948 gewähltes Stadtratsmitglied in Neustadt und ehrenamtlicher 2. Beigeordneter. 1947 Mitglied des Landesvorstandes Rheinland-Pfalz der KPD. September 1949 Übertritt zur SPD, Oktober 1949 hauptamtlicher 2. Beigeordneter, 1952 als Stadtrat der SPD wiedergewählt. Manderschied verzog 1954 nach Stuttgart.

Mees, Philipp: Geboren am 5. April 1901 in Kaiserslautern. Seit 1919 war er Mitglied des Freien Eisenbahnverbandes und seit März 1921 SPD-Mitglied. Zu Beginn der 30'er Jahre war er stellvertretender Betriebsrat und Obmann der Vertrauensleute im Reichsaus besserungswerk in Kaiserslautern. Von Oktober 1932 bis zur Schließung durch die Nationalsozialisten im April 1933 studierte er mit Unterstützung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) an der „Akademie der Arbeit“ der Universität Frankfurt. Anschließend war er bei der Firma Pfaff als Schlosser tätig. Am 28. Oktober 1938 wurde er festgenommen. Für die Nationalsozialisten galt er als ein Hauptfunktionär der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands in Kaiserslautern. Mees hatte fünf Jahre enge Verbindungen zur Zentralleitung in Mannheim und der Ludwigshafener SAP-Organisation unter **Karl Nord**. Er nahm auch mehrmals an illegalen Zusammenkünften in Basel teil und bezog jahrelang zur Verteilung in Kaiserslautern und Umgebung große Mengen an Zeitungen und Schriften wie „Das Banner der revolutionären Einheit“, „Neue Front“ und „Sozialistische Warte“, die er, zumindest bis in die erste Jahreshälfte 1937 über Georg Steiner sowie an Hermann Röper in Hottenbach und Richard Lenz in Rockenhausen vertrieb. Die illegale SAP-Organisation in Kaiserslautern sammelte auch regelmäßig Beiträge und führte diese zum Teil zentral ab. Bis November 1938 konnte die Gestapo im gesamten süddeutschen Raum insgesamt 66 Personen in der Angelegenheit der SAP festnehmen. Im Juni 1939 verurteilte ihn das Oberlandesgericht Stuttgart zu drei Jahren und vier Monaten Zuchthaus, welche er im Zuchthaus Ludwigsburg verbüßte. Philipp Mees kam nicht frei, sondern wurde direkt in das Konzentrationslager Dachau in „Schutzhaft“ überführt. Als Gefangener Nummer 29/650 verbrachte eineinhalb Jahre im KZ Dachau und wurde dann gewaltsam in die SS-Sturmbrigade Dirlewanger eingezogen. Am 1. Mai 1945 lief er an der Front über und geriet kurzzeitig in sowjetische Gefangenschaft. Noch im Herbst 1945 kehrte er nach Kaiserslautern zurück. Philipp Mees wurde 1946 in den Kaiserslauterer Stadtrat gewählt und war mehr als 20 Jahre Mitglied der SPD-Stadtratsfraktion. Von 1946 bis 1966 amtierte er als hauptamtlicher Kreisvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Er saß z.B. im Verwaltungsausschuss des Landesarbeitsamtes, im Vorstand der AOK und war als Oberarbeitsrichter tätig. 1963 wurde er mit der Freiherr-vom-Stein-Plakette ausgezeichnet. Er starb am 1. August 1971. Der Platz vor dem Kaiserslauterer Polizeipräsidium trägt heute seinen Namen.

Maurer, Ludwig: Geboren am 18. März 1907 in Ludwigshafen. Fabrikarbeiter. 1926 bis 1931 Mitglied der SPD – zeitweise Schriftführer der Ortsgruppe Limburgerhof. 1931 Mitglied der SAP. Seit Juli 1933 aktiv im kommunistischen Widerstand in Ludwigshafen. 10. bis 23. November 1933 Schutzhaft. Anschließend erneut Anschluss an den politischen Widerstand – hierfür im August 1934 inhaftiert und zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt und die Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt. Nach seiner Haftentlassung trat Maurer politisch nicht mehr hervor.

Minster, Carl: Geboren am 25. Dezember 1873 in Edenkoben. Kaufmann. Minster wanderte 1896 in die USA aus (1905 neutralisiert), war von 1899 bis 1901 Sekretär des „Vereins deutscher Gewerkschaften“ in Philadelphia und Redakteur des „Philadelphia Tageblatt“, von 1901 bis 1906 Redakteur der „New Yorker Volkszeitung“, dann Korrespondent sozialistischer Zeitungen. 1912 Rückkehr nach Deutschland und Mitglied der SPD. Redakteur der „Bergischen Arbeiterstimme“ in Solingen, ab Januar 1914 des Duisburger SPD-Organs „Niederrheinische Arbeiter-Zeitung“. Gegner der SPD-Politik im Krieg, 1916 aus der Redaktion entlassen. Begründer des radikalen Duisburger Organs „Der Kampf“, Mitglied der Spartakusgruppe, Teilnehmer der Reichskonferenz am 1. Januar 1916. Mai 1917 Flucht in die Niederlande. Dort Herausgeber der revolutionären Zeitung „Kampf“. Im Dezember 1917 an der Grenze festgenommen und inhaftiert. Durch die Revolution 1918 befreit, in der Spartakusgruppe Mülheim/Ruhr aktiv. Delegierter auf dem Gründungsparteitag der KPD. 1919 Übersiedlung nach Frankfurt am Main. 1920 KAPD. 1922 USPD-Redakteur, blieb nach 1922 bei der kleinen Rest-USPD. Aktiv in der pfälzisch-separatistischen Bewegung, „Staatssekretär“ der „Autonomen Regierung“ Pfalz bis zu deren Zusammenbruch im Februar 1924. Anschließend Journalist und freier Schriftsteller. Mitglied der KPO und im Herbst 1931 zur SAP, Redakteur der SAP. 1933 Flucht ins Saargebiet, Anschluss an die separatistische Bewegung. 1935 Emigration nach Frankreich. Sein Versuch, 1941 in die USA zu entkommen, missglückte. Von deutschen Behörden in Paris verhaftet, am 27. Juli 1942 durch den Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Mirtschin, Erich: Geboren am 4. März 1910 in Bautzen. 1924 Mitglied der SAJ. 1931 trat er gemeinsam mit den Frankenthalern RK der SAP bei. 1932 Parteiaustritt unter Fortführung der RK in Frankenthal auch nach 1933. Am 21. Januar 1937 hierfür verhaftet und zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. 1946 Mitbegründer der KPD in Frankenthal, 1948 Vorsitzender der Kreisleitung und der Ortsgruppe in Frankenthal, Mitglied des

Landesvorstandes der KPD in Rheinland-Pfalz, Betriebsratsvorsitzender in der Firma Gußwerke AG, Frankenthal. 1953 Kandidat zum Bundestag, 1955 zum Landtag Rheinland-Pfalz; 1948 bis 1956 Mitglied des Stadtrates Frankenthal, 1956 Vorsitzender der nicht zur Stadtratswahl zugelassenen Wählergruppe Mirtschin. Erich Mirtschin starb 1994 in Frankenthal.

Müller, Herbert: Geboren am 13. September 1900 in Ludwigshafen. 1915 Ausbildung zum Schriftsetzer in der Buchdruckerei Weiß & Hameier in Ludwigshafen. 1917 Vorsitzender der Sozialistischen Jugend in Ludwigshafen. 20. Juni 1918 bis 9. Dezember 1918 Militärdienst, anschließend Mitbegründer der FSJ in der Pfalz. 1919 Gehilfenprüfung, Beitritt zur KPD und zum Verband der Deutschen Buchdrucker, 1922 bis 1924 Fabrikarbeiter in der BASF, anschließend bis 1928 als Setzer bei der PEUVAG in Mannheim. 1923 Mitglied der Bezirksleitung Pfalz der KPD und Vorsitzender in Ludwigshafen, bis 1928 ehrenamtlicher Gewerkschaftsleiter der Bezirksleitung. Delegierter des X. Parteitages. 1928 bis 1933 MdL Bayern, 1928 bis 1929 Redakteur der „Erwerbslosenzeitung“ Pfalz, auch danach ständiger Mitarbeiter der KPD-Presse (u.a. „Arbeiter-Zeitung“ Ludwigshafen). 1928 bis 1931 Organisationsleiter des Bezirkes Pfalz, 1932 des Bezirkes Baden-Pfalz, 1929-1933 Stadtrat in Ludwigshafen. März bis Mai 1933 Mitglied der illegalen Bezirksleitung Baden-Pfalz und Leiter der illegalen Arbeit der KPD in der Pfalz als stellvertretender Bezirksvorsitzender. Am 2. Mai 1933 verhaftet, vom 1. Juli 1933 bis 3. April 1935 im KZ Dachau, danach erneut Widerstandsarbeit mit Verbindung zur Grenzstelle Straßburg der KPD, Oktober 1936 Flucht vor erneuter Verhaftung nach Frankreich. Januar 1937 nach Spanien, Kaderoffizier der XI. Internationalen Brigade; abkommandiert zur politischen Leitung Valencia (Franz Dahlem), dann zentrale Kaderleitung Barcelona (Andre Marty); verantwortlich für Deutsche, Österreicher, Skandinavier und Briten in der republikanischen Armee, zuletzt im Range eines Kapitäns. Krankheitshalber Ende 1938 mit Genehmigung der französischen Regierung zurück nach Frankreich, Betreuung internierter Spanienkämpfer, bei Kriegsausbruch 1939 in Paris selbst interniert. 1940 für den Kriegsdienst in der französischen Armee mobilisiert, Flucht vor der Wehrmacht nach Limoges. Anschließend als Angehöriger der 313. Gruppe der Arbeitskompanie „Travailleur Etranger“ als Drucker in Bellac beschäftigt. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Südfrankreich ab September 1943 erneute Illegalität. Führende Tätigkeit in der KPD und im NKFD/W in der Region Toulouse, 1944 Präsident des NKFD/W der Region Toulouse und Mitglied der CGT. August 1945 Rückkehr nach Deutschland, Vorsitzender des KPD-Bezirkes Pfalz bis zur Bezirksauflösung 1948, 1946 Landesvorsitzender der KP Hessen-Pfalz und Delegierter des 15. Parteitages in Ostberlin. 1947 Landesvorsitzender der KPD Rheinland-Pfalz, 1945-1947 KPD-Vertreter in der Redaktion der „Rheinpfalz“ in Neustadt, 1947 bis 1949 Lizenzträger der Zeitung „Neues Leben“ und Gesellschafter der Rheinverlag GmbH Ludwigshafen, 1946 bis 1948 Mitglied des Kreistages und von 1946 bis 1969 Mitglied des Stadtrates Ludwigshafen, 1946 bis 1949 Vorsitzender der Stadtratsfraktion der KPD, 1946/47 MdBLV Rheinland-Pfalz, 1947 bis 1971 MdL Rheinland-Pfalz, Vorsitzender der Landtagsfraktion der KPD, 1948 als Landesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender abgelöst, Mitglied des engeren Sekretariats des Landesvorstandes bis Juli 1949, September 1949 KPD-Austritt und Übertritt zur SPD, 1950 bis 1966 Geschäftsführer des SPD-Unterbezirks Ludwigshafen, 1950 Mitglied des Bezirkstags der Pfalz, 1966 bis 1981 Gesellschafter der Neue Pfälzer Post GmbH Ludwigshafen, 1947 bis 1991 Aufsichtsratsmitglied der Konsum-Genossenschaft bzw. der co op Kurpfalz eG. Ausgezeichnet mit dem Bundesverdienstkreuz, Ehrenbürger der Stadt Ludwigshafen. Herbert Müller starb am 24. November 1994 in Ludwigshafen.

Müller, Herbert jun.: Geboren am 22. August 1924 in Ludwigshafen. Sohn von **Herbert Müller**. Dreher. 1942 Militärdienst als Fallschirmjäger. 1945 Mitglied der KPD, 1946 Gründungsmitglied der FDJ und Besuch eines Dreimonatslehrgangs an der Hochschule der FDJ am Bogensee, anschließend Mitglied der Kreisleitung der KPD in Ludwigshafen für Arbeit und Soziales, 1947 Mitglied des Jugendsekretariats der Landesleitung und Kreisvorsitzender der KPD in Ludwigshafen sowie Beisitzer der Ortsverwaltung Ludwigshafen und des Landesvorstandes des Industrieverbandes Metall. 1948 nach der Auflösung des Bezirkes Pfalz als Kreisvorsitzender der KPD in Ludwigshafen abgelöst – verbunden mit dem Ausscheiden aus der Hauptamtlichkeit für die KPD. 1948/49 Studium an der Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main. 1949 Vertreter der IG Metall in der Gewerkschaftsjugendleitung Ludwigshafen, 1950 Austritt aus der KPD. Aufnahme einer Tätigkeit bei der Arbeitsverwaltung Ludwigshafen. 1952 Mitglied der SPD. 1961 bis 1964 Vorsitzender der ötv-Kreisverwaltung Ludwigshafen. 1975 Leiter des Arbeitsamtes in Frankenthal. Herbert Müller jun. starb am 4. Juni 2003 in Carlsberg.

Müller, Peter: Geboren am 24. Oktober 1879 in Gemmingen. Verwaltungsangestellter. 1918 USPD, stellvertretender Vorsitzender in der Pfalz und Führer der Parteilinken, 1920-1929 Stadtrat in Ludwigshafen. 1920 Übertritt zur KPD und Vorsitzender der kommunistischen Stadtratsfraktion sowie Organisationssekretär der pfälzischen VKPD. 1921 Delegierter des VII. Parteitages der VKPD und als Ersatzmitglied des ZA gewählt. 1922 als Organisationssekretär abgelöst. 1924 als Stadtrat und Fraktionsvorsitzender der KPD bestätigt, 1925 Übertritt zur SPD-Fraktion. 1945 wieder KPD, 1946 erneut Kandidat der KPD zum Stadtrat Ludwigshafen, Peter Müller starb am 22. Juni 1963 in Ludwigshafen.

Nord, Karl: Geboren am 10. Januar 1912 in Ludwigshafen am Rhein. Laborant. 1926 wurde er Mitglied der SAJ. 1932 trat er zur SAP über. Nach dem 30. Januar 1933 betätigte er sich als Mitglied der Widerstandsorganisation der SAP in Südwestdeutschland; am 8. September 1938 wurde er hierfür inhaftiert; am 21. April 1939 folgte die Anklage wegen Hochverrat und Nord wurde im Juni 1939 vom im Mannheimer Schloß tagenden „Volksgerichtshof“ zu drei Jahren und sechs Monate Zuchthaus verurteilt. Am 7. Oktober 1941 wurde er aus der Haft entlassen, aber am 4. Januar 1943 zum Wehrdienst in das Strafbataillon 999 einberufen. April 1945 britische Kriegsgefangenschaft. 21. August 1945 Heimkehr nach Ludwigshafen; Mitglied der SPD. Ab 1. November 1945 leistete er als Leiter des Kultur- und Presseamtes der Stadt Ludwigshafen Pionierarbeit für die Kulturstadt Ludwigshafen. Als Begründer und bis 1978 Vorsitzender der Theatergemeinde verschaffte er dem Theater im Pfalzbau Ansehen und ein hohes Niveau. Die Veranstaltungen im Ebertpark entstanden ebenfalls durch seine Initiative. Auch rief er eine Sammlung expressionistischer Malereien ins Leben und organisierte zahlreiche Kunstausstellungen. Zudem legte er den Grundstein für die Städtische Musikschule. Nach seiner Pensionierung 1977 wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet, 1982 wurde er Ehrenmitglied des Pfalzbaus. Für sein jahrzehntelanges Engagement für die Stadt Ludwigshafen wurde ihm 1998 der Maximilianstaler verliehen. Karl Nord starb am 11. April 2003 in Ludwigshafen.

Neu, August: Geboren am 22. Dezember 1899 in Ludwigshafen. Chemiarbeiter. 1917 Kriegsfreiwilliger. 1918 Kriegsgefangenschaft. 1920 zunächst Mitglied der USPD, dann der KPD. 1924 wegen Streikbeteiligung aus der BASF entlassen. 1927 RFB. 1930 Mitglied der erweiterten Bezirksleitung Pfalz der KPD. März 1933 Emigration ins Saargebiet, April 1933 Rückkehr, Ende Mai 1933 verhaftet. Vom 28. Juni 1933 bis 26. Januar 1934 KZ Dachau. 2. Dezember 1936 erneut verhaftet wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Trotz Freispruch im Juli 1937 ins KZ Welsheim überführt. 1945 wieder Mitglied der KPD und im Kreisvorstand Ludwigshafen. Betriebsratsvorsitzender bei der Firma Benckiser und Beisitzer der Ortsverwaltung Ludwigshafen des Industrieverbandes Chemie. 1946 und 1948 Kandidat der KPD zum Stadtrat Ludwigshafen. 1949 aus politischen Gründen bei der Firma Benckiser entlassen, gleichzeitig Ausschluss aus der KPD. 1953 BdD, 1956 wieder Mitglied der illegalen KPD, 1961 DFU, 1968 DKP, 1969 Kandidat zum Stadtrat Ludwigshafen. August Neu starb am 31. Januar 1988 in Ludwigshafen.

Oberfrank, Hermann: Geboren am 22. September 1879 in Hagenbach. Gewerkschaftssekretär. 1918 USPD. 1920 bis 1929 Stadtrat in Ludwigshafen. 1922 Übertritt zur SPD, 1932 zur SAP. 1933 bis 1945 unter Polizeiüberwachung. 1945 Mitglied der KPD.

Rihm, Karl: Geboren am 02. Februar 1899 in Ludwigshafen. Kaufmann. 1924-1929 Mitglied des Stadtrates in Ludwigshafen, zunächst für die KPD, 1925 Übertritt zur SPD. 1931 Gründungsmitglied der SAP in Ludwigshafen. 1933 verließ er Ludwigshafen und verstarb am 4. Februar 1944 in Mannheim.

Queva, Josef: Geboren am 22. Juli 1849 in Forst. Bäcker. 1867 wurde er Arbeiter in der Samtfabrik Oggersheim, wo er 1871 den ersten Streik mitorganisierte. Anschließend fungierte er als Vertrauensmann des ADAV in Oggersheim. 1875 aus der Samtfabrik entlassen, wirkte er zunächst als wandernder Zigarrenverkäufer und vertrieb gleichzeitig Parteischriften. Auch nach dem Zusammenschluss von ADAV und SDAP zur SAP blieb er Parteifunktionär und eröffnete eine eigene Bäckerei. Unter dem Sozialistengesetz vertrieb er weiter illegales Parteimaterial und leitete faktisch die regionale Parteiorganisation. Nach der Konstituierung der SPD wurde er Mitglied in der pfälzischen Parteileitung und gründete die Freireligiöse Gemeinde in Ludwigshafen, der er bis 1903 vorstand. Von 1899 bis 1914 war er Mitglied des Stadtrates in Ludwigshafen. 1917 war er Gründungsmitglied der Ludwigshafener USPD. 1922 kehrte er mit dem rechten Parteiflügel zur SPD zurück. Josef Queva starb am 3. März 1929 in Ludwigshafen.

Schreiber, Hans: Geboren am 16. Februar 1905 in Mußbach. Schriftsetzer. Mitbegründer der SAJ Neustadt, 1925 SPD. 1931 SAP, Unterbezirksleiter in Neustadt, dann Bezirksvorsitzender Pfalz. Mitte 1932 zur KPD. 1933 Festnahme, anschließend illegale Tätigkeit für die KPD. 1945-1956 Mitglied des Bürgerrates und des Stadtrates in Neustadt, KPD-Kreisvorsitzender, Mitglied des Landesvorstandes, stellvertretender Chefredakteur der Zeitung „Neues Leben“. 1949 Kandidat zum Bundestag im Wahlkreis Neustadt-Kirchheimbolanden-Rockenhausen. Ab 1956 arbeitete er als Maschinensetzer beim „Pfälzer Tageblatt“, wo er bis 1970 Betriebsratsvorsitzender war. 1968 wurde er Mitglied der DKP. Hans Schreiber starb am 1. März 1977 in Neustadt an der Weinstraße.

Schwartz, Christian: Geboren am 13. August 1877 in Webenheim. Bäckermeister. 1909 bis 1933 Mitglied des Stadtrates in Zweibrücken – bis 1932 für die SPD, dann für die KPD. 1919 und 1920 Kandidat der MSPD zum bayerischen Landtag. 1920 bis 1924 Dritter Bürgermeister in Zweibrücken. 1922-1924 Mitglied des Bezirkstags in Zweibrücken. 1923 von der französischen Besatzungsbehörde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt - davon

acht Monate verbüßt. 1924-1932 MdL Bayern, 1932 von der SPD erneut für den Landtag nominiert, aber nicht mehr gewählt. Anschließend Übertritt zur KPD. Christian Schwarz starb am 8. Januar 1941 in Zweibrücken.

Thiery, Heinrich: Geboren am 25. Juli 1906 in Speyer. Angestellter. 1923 SPD, 1931 SAP, 1933 KPD, 1942 Angehöriger der „Speyer-Kameradschaft“, 1944 sieben Monate Untersuchungshaft in Frankenthal, 1945 Instrukteur der Kulturabteilung der Kreisleitung Speyer, Mitglied der pfälzischen Bezirksleitung bis 1948, 1946-1948 Abgeordneter der Kreisversammlung Speyer, Mitglied verschiedener sozialpolitischer Kommissionen der Landesleitung Rheinland-Pfalz der KPD, Regierungsrat und Leiter des Arbeitsamtes Speyer. 1949 Übertritt zur SPD. 1969 Geschäftsführer der SPD in Speyer. 1972-1978 SPD-Stadtverbandsvorsitzender. Heinrich Thiery starb am 10. Juni 1984 in Speyer.

Volkemer, Fritz: Geboren am 13. Januar 1907 in Pirmasens. Volkemer war von 1920 bis 1933 als Schuhfabrikarbeiter tätig, besuchte von 1920 bis 1923 die Berufsbildungsschule und wurde schließlich Meister in der Schuhindustrie. Seit 1922 Mitglied der SPD, wechselte er 1931 zur SAP und fungierte als Ortsgruppenleiter in Pirmasens. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde er 1933 in „Schutzhaft“ genommen. Anschließend emigrierte er im März 1933 nach Frankreich, wo er 1939 interniert wurde. Nach der Besetzung Südfrankreichs durch deutsche Truppen tauchte er in die Illegalität unter. Volkemer kehrte nach dem Zweiten Weltkrieg nach Deutschland zurück, wurde wieder Mitglied der SPD und 1945 pfälzischer Bezirksleiter der Gewerkschaft Leder (GL) in Rheinland-Pfalz. Volkemer war 1946/47 Mitglied der Beratenden Landesversammlung des Landes Rheinland-Pfalz und wurde anschließend in den Rheinland-Pfälzischen Landtag gewählt, dem er bis 1963 angehörte. Hier war er von 1959 bis 1963 Vorsitzender Ausschusses für Sozialpolitik und Fragen der Vertriebenen. Fritz Volkemer starb am 31. Dezember 1974 in Pirmasens.

Vollmer, Wilhelm: Geboren am 1. Mai 1903 in Ludwigshafen. 1925 Mitglied der SPD, 1931 Gründungsmitglied der SAP in Ludwigshafen. Schutzhaft vom 4. bis 8. März 1933 sowie vom 27. April bis 2. Mai 1933. Inhaftiert vom 25. September 1934 bis zum 7. März 1935. 1938 bis 1941 Mitglied der NSDAP, 1945 wieder Mitglied der SPD, 1953 Parteiausschluss, 1955 Kandidat des BdD zum Landtag Rheinland-Pfalz, 1956 Kandidat der verbotenen Wählergruppe Harth zum Stadtrat Ludwigshafen, 1957 Kandidat des BdD zum Bundestag, 1960 Vorsitzender und Kandidat der verbotenen Wählergruppe Vollmer zum Stadtrat Ludwigshafen, 1961 Gründungsmitglied des Bezirkes Ludwigshafen-Frankenthal der DFU, 1963 Kandidat der DFU zum Landtag Rheinland-Pfalz. Wilhelm Vollmer starb am 2. September 1971 in Ludwigshafen.

Weber, Hans: Geboren am 23. Januar 1895 in Mühldorf/Inn. Bruder von **Joseph Weber**. 1913 Mitglied der Arbeiterjugendbewegung in Speyer, 1917 Mitglied der USPD, 1919 zur KPD, Vertrauensmann der Bezirksleitung Baden für die Pfalz. 1920 in Personalunion Polleiter in der Pfalz und Unterbezirksleiter in Speyer. Delegierter auf allen Parteitag von 1920 bis 1927 (III.-XI. Parteitag). 1920 bis 1924 Mitglied im ZA der KPD. 1923 als hauptamtlicher Sekretär des Bezirkes Pfalz von den Franzosen ausgewiesen. 1924 Polleiter des Bezirkes Rhein-Saar, Delegierter des V. Weltkongresses der Komintern in Moskau. 1925-1927 Mitglied des ZK der KPD. Arbeitete in der Gewerkschaftsabteilung des ZK in Berlin. Führender Kopf der „Weddinger Opposition“. 1928 aus der KPD ausgeschlossen. Rückkehr nach Speyer. 1930 vergeblicher Wiederaufnahmeantrag in die KPD. 1933 tauchte er unter, stand dann unter Polizeiaufsicht. 1946 Mitglied der SPD, die er jedoch später wieder verließ. Hans Weber starb am 15. Januar 1986 in Ludwigshafen.

Weber, Joseph: Geboren am 19. Februar 1894 in Mühldorf/Inn. Bruder von **Hans Weber**. Schlosser. 1921 Mitglied der KPD. 1922 Mitglied der Bezirksleitung Pfalz. 1924 Sekretär des Unterbezirkes Pfalz des Bezirkes Rhein-Saar und für die KPD in den bayerischen Landtag gewählt. Wie sein Bruder stand er seit 1925 auf der Seite der Ultralinken, wurde aber im Januar 1926 aus der KPD ausgeschlossen, „weil er sich nicht um die Beschlüsse des Unterbezirkes Neustadt gekümmert“ hatte und war zunächst fraktionsloser Abgeordneter. 1928 trat er zur SPD-Fraktion über, für die er im gleichen Jahr wieder in den bayerischen Landtag gewählt wurde. Seit 1931 erschien er nicht mehr im Landtag und wurde deshalb aus der SPD-Fraktion ausgeschlossen. Joseph Weber starb am 27. März 1932 in Speyer.

Wolf, Georg: Geboren am 6. Juli 1886 in Beindersheim. Former. Bereits 1924 auf Listenplatz 4 für die KPD in den Frankenthaler Stadtrat gewählt, trat er unter Beibehaltung seines Mandates 1931 zur SAP über. Georg Wolf starb am 16. Dezember 1963 in Frankenthal.

Zumpf, Eugen: Geboren am 23. Mai 1888 in Ludwigshafen. Maler. 1919 USPD, 1920 Mitglied des Stadtrates in Ludwigshafen, Übertritt zur KPD, 1921 Rückgabe des Mandates wegen Umzugs nach Göllheim. Am 17. April 1940 verhaftet und am 20. Juni 1940 ins KZ Sachsenhausen verbracht. Am 3. September 1940 ins KZ Dachau überführt und dort 1945 von den Amerikanern befreit. Eugen Zumpf starb am 23. Mai 1963 in Göllheim.